



PARLAMENTSWAHLEN 2014 LUSTRATION

■ ANALYSE		
Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa!		2
Von Gerhard Simon, Köln		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014		5
■ DOKUMENTATION		
Berichte über den Wahlablauf am 26. Oktober		11
Rede des Präsidenten am Vorabend der Parlamentswahlen (25.10.2014)		13
Parlamentswahlen 2014: Internationale Reaktionen		14
■ ANALYSE		
Ukrainische »Lustration«		17
Von Andreas Stein, Kiew		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Haltung der Ukrainer zur Lustration		20
■ DOKUMENTATION		
Stellungnahme der Venedig-Kommission des Europarates zum Entwurf einer Verfassungsänderung		22
Spiegel: BND macht Separatisten für MH17-Absturz verantwortlich		23
Human Rights Watch: Regierung verantwortlich für Streubomben-Angriffe auf Donezk		24
Amnesty International: illegale Hinrichtungen in der Ostukraine		24
OSZE: Keine Beweise für illegale Organtransplantationen in der Ukraine		25
■ CHRONIK		
13. – 26. Oktober 2014		26



Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa!

Von Gerhard Simon, Köln

Zusammenfassung

Die vorgezogenen Parlamentswahlen waren ein weiterer Schritt zur institutionellen Festigung der Demokratie. Die weitgehend störungsfreie Durchführung der Wahlen unter den Bedingungen des fortdauernden Krieges im Donbass war auch ein Test für die demokratische Reife der Gesellschaft. Die Wahlbilanz ergibt einen klaren Mehrheitswillen. Die Wahlen wie die vorausgegangene Wahlkampagne wurden von den internationalen Wahlbeobachtern als frei und fair zertifiziert. Allerdings gab es in mehreren Wahlbezirken Versuche, die Auszählung zu behindern und den Wählerwillen zu manipulieren. Die Wahlbeteiligung betrug 52,4 %.

Einleitung

Das am 26. Oktober gewählte Parlament der achten Legislaturperiode seit der Unabhängigkeit wird viele neue Gesichter haben; aber auch zahlreiche Vertreter des politischen Establishments und eine beträchtliche Anzahl von Parlamentariern, die das gestürzte Regime personifizieren, werden in der Werchowna Rada sitzen: An strittigen Themen wird kein Mangel sein. Dennoch: Die pro-westlichen und pro-europäischen Parteien verfügen über eine klare Mehrheit. Insoweit dürfte die Bildung einer Mehrheitskoalition, wie sie von der Verfassung von 2004 vorgeschrieben ist, unproblematisch sein. Die Mehrheitskoalition nominiert den Ministerpräsidenten und die Regierung, die dann vom Parlament gewählt werden. Die Rolle des Präsidenten bei der Regierungsbildung ist begrenzt.

Zwei grundsätzliche Ergebnisse dieser vorgezogenen Parlamentswahl fallen ins Auge: Es gibt derzeit in der Ukraine kein System stabiler, programmatisch deutlich voneinander abgegrenzter etablierter Parteien. Sowohl die Parteien, die 2004/05 die Orange Revolution getragen haben, wie auch ihre Gegner existieren nur noch in Resten oder gar nicht mehr. Ob die im Zuge des revolutionären Umbruchs seit dem Euromaidan entstandenen politischen Parteien, die jetzt in der Werchowna Rada dominieren, Bestand haben werden, muss sich erst noch zeigen. Aber – und das mag paradox klingen – im neuen Parlament besteht in einer zentralen Frage Konsens wie selten zuvor: Die Ukraine muss und wird zu einem vollwertigen Mitglied der EU werden. Dieser Konsens erinnert an die Verhältnisse in den baltischen Staaten zu Beginn der 1990er Jahre, als im Übrigen auch dort ein höchst labiles System politischer Parteien bestand.

Dieser Konsens hängt mit einem zweiten Resultat der Wahlen zusammen: Es hat sich ein weiteres Mal erwiesen, dass extremistische Parteien in der Ukraine keine Massenbasis haben. Das gilt sowohl für extremistische Gruppierungen auf der rechten wie auf der linken Seite des Parteienspektrums. Erstmals ist die kommunistische Partei der Ukraine nicht mehr im Parlament vertreten, sie scheiterte an der Fünfprozenthürde. Sie sprach sich als einzige Partei gegen die Integration in die EU aus.

Die neue Mehrheit: getrennt vereint

Nach der Auswertung von 99,67 % der elektronischen Wahlkreisprotokolle führte bei der Verhältniswahl die Partei Volksfront von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk mit 22,16 % der Stimmen. Beinahe gleichauf folgte mit 21,83 % die Partei des Präsidenten Block Petro Poroschenko (s. Grafik 3 auf S. 6). Die Partei Volksfront konstituierte sich erst im März 2014 und knüpft an die Partei Front für den Wechsel an, die Jazenjuk früher gegründet hatte. Das sehr gute Abschneiden der Volksfront, zu der auch der jetzige Parlamentspräsident Oleksandr Turtschynow gehört, war eine der Überraschungen dieser Wahl. Meinungsumfragen vor den Wahlen hatten der Volksfront höchstens die Hälfte des jetzigen Stimmenanteils in Aussicht gestellt.

Dagegen waren die Wahlprognosen für den Block Petro Poroschenko deutlich höher. Möglicherweise haben sich viele potentielle Wähler der Partei des Präsidenten kurzfristig für die des Ministerpräsidenten entschieden. Hinzu kommt, dass die Zahl der unentschiedenen Wähler noch kurz vor dem Wahltag sehr hoch war (s. Tabelle 1 auf S. 6 in [Ukraine-Analysen Nr. 138](#)). Der Block Petro Poroschenko ist ein Zusammenschluss der Partei Udar (Schlag) von Witalij Klitschko mit der kleinen Parlamentsfraktion Solidarität von Poroschenko. Der Kiewer Bürgermeister Klitschko kandidierte auf Platz eins der Liste des Blocks, wird aber nach der Wahl in seinem Amt bleiben und nicht als Abgeordneter ins Parlament zurückkehren.

Nur die Hälfte der Abgeordneten (225) wird aufgrund von Parteilisten bestimmt; die andere Hälfte wird nach dem Mehrheitswahlverfahren in den 225 Wahlkreisen gewählt. Da weder auf der Krim (12 Mehrheitswahlkreise) noch in den besetzten Gebieten im Donbass (15 Mehrheitswahlkreise) Wahlen durchgeführt werden konnten, werden diesmal nur 198 Abgeordnete direkt in Mehrheitswahlkreisen gewählt, so dass dem Parlament maximal 423 Abgeordnete angehören werden.

Weil der Block Petro Poroschenko in den Mehrheitswahlkreisen deutlich erfolgreicher war als die Volksfront, wird er im Parlament über eine größere Fraktion verfü-

gen: Nach Auswertung von 99,67 % der Wahlkreisprotokolle werden zur Fraktion Block Petro Poroschenko 132 Abgeordnete gehören, die Fraktion Volksfront wird 82 Abgeordnete haben (s. Grafik 12 auf S. 11). Tatsächlich wird die Zahl der Fraktionsmitglieder noch zunehmen, weil ein Teil der unabhängigen Abgeordneten, die als Selbstbewerber in fast 100 Mehrheitswahlkreisen gewählt worden sind, sich der präsumentiven Regierungskoalition anschließen wird.

Präsident Poroschenko und Ministerpräsident Jazenuk sind gemeinsam die Sieger des Euromaidan. Sie haben das Land seit Februar 2014 politisch geführt und dabei koordiniert und loyal zusammengearbeitet. Was unterscheidet sie, und warum haben sich am Ende viele Wähler für Jazenuk entschieden, die wahrscheinlich im Mai Poroschenko bei der Wahl des Präsidenten ihre Stimme gaben? Poroschenko wurde am 25. Mai im ersten Wahlgang mit 54,7 % gewählt; allerdings kandidierte Jazenuk damals nicht. In den zentralen Politikfeldern Eurointegration und Korruptionsbekämpfung dürfte es keine Unterschiede geben. Aber was Russland anbelangt, dürfte Jazenuk die härtere Position vertreten, während dem Präsidenten – zu Recht oder Unrecht – in Kommentaren nichtöffentliche Absprachen mit Putin unterstellt werden. Hinzu kommt unterschiedliche Stile der politischen Rhetorik. Während Poroschenko zu harmonisierenden und nicht immer realistischen Versprechungen neigt, bevorzugt Jazenuk kantige und sarkastische Redensarten und hat keine Scheu, auch schlechte Aussichten beim Namen zu nennen. Der Satz, er werde sich auf dem Maidan eher eine Kugel in den Kopf schießen lassen als in Schande zurückzuweichen, passt ebenso zu ihm, wie die Ankündigung, die Ukrainer müssten den Gürtel noch enger schnallen. Schließlich spricht die Herkunft Poroschenkos aus der oligarchischen Szene in den Augen mancher gegen ihn. Mit hochgezogenen Augenbrauen wurde vermerkt, dass die Fabrik aus dem Firmenimperium von Poroschenko im russischen Lipetz ihren Betrieb wieder aufgenommen hat.

Die Kandidatenlisten aller Parteien und damit die Zusammensetzung der Parlamentsfraktionen wurden weitgehend von den Parteiführern festgelegt. So schreibt es das Gesetz vor. Eine Reform des Wahlgesetzes lehnte die alte Werchowyna Rada ab, so dass die Parteibasis bzw. die Organisationen in der Provinz kaum Möglichkeiten der Mitbestimmung bei der Kandidatenauswahl haben. Auch eine Reform der Parteienfinanzierung in Richtung einer größeren Transparenz konnte bislang nicht durchgesetzt werden. Die Parteilisten der beiden »staatstragenden« Parteien enthalten sowohl die Namen altverdienter Mitstreiter wie auch zahlreiche neue Namen. Dazu gehören Aktivisten vom Maidan, Feldkommandeure aus dem Krieg im Donbass und investigative Journalisten,

die seit den großen Demonstrationen dazu beigetragen haben, die Gesellschaft zu verändern und die Zivilgesellschaft in die Verantwortung zu nehmen. Aber Beobachter haben auch ans Licht gebracht, dass in den Parteilisten Geschäftsleute mit zweifelhaftem Ruf und Repräsentanten verschiedener Oligarchen einen Platz gefunden haben.

Eine große Überraschung war der Wahlerfolg der neuen Partei Selbsthilfe des Bürgermeisters von Lwiw Andrij Sadowyj, die auf Anhieb 11 % der Stimmen und 33 Abgeordnetensitze im Parlament eroberte. In den Vorwahlumfragen war dieser Partei, die erst 2012 gegründet wurde und erstmals an gesamtukrainischen Wahlen teilnahm, nur ein Bruchteil dieses Ergebnisses zugetraut worden. Unter den Abgeordneten von Selbsthilfe gibt es keinen einzigen ehemaligen Politiker, auch Sadowyj selbst will als Bürgermeister in Lwiw bleiben. Gerade die Tatsache, dass alle Kandidaten in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannte Manager und erfolgreiche Fachleute sind, hat die Wähler offenbar fasziniert. Daraus spricht ein großes Misstrauen gegenüber dem politischen Establishment bei einem Teil der Wähler, aber auch ein erhebliches Vertrauen zu Galizien und dem politischen Vorstand des Bürgermeisters von Lwiw. Selbsthilfe hat neben dem Gebiet Lwiw (19 %) die meisten Stimmen in der Stadt Kiew bekommen (21,4 %) (s. Grafik 7 auf S. 8). Der Block Petro Poroschenko erhielt in der Hauptstadt mit 24 % nur geringfügig mehr Stimmen.

Die Partei Vaterland von Julia Timoschenko überwand abgeschlagen mit 5,68 % gerade noch die Fünfprozenthürde und wird mit 19 Abgeordneten ins Parlament einziehen. Es ist Julia Timoschenko nach ihrer Befreiung aus dem Gefängnis im Februar nicht gelungen, politisch wieder Fuß zu fassen. Ihre Mischung aus Radikalismus (die Ukraine muss jetzt der Nato beitreten), Populismus (Platz eins der Liste ihrer Partei wurde der nach Russland entführten und dort inhaftierten ukrainischen Pilotin Nadija Sawtschenko zugesprochen) und Selbstbezogenheit wird von der ukrainischen Gesellschaft nicht mehr honoriert. Nachdem viele begabte politische Talente zusammen mit Jazenuk die Partei Vaterland verlassen haben, ist nicht zu erwarten, dass Timoschenko in der ukrainischen Politik noch eine größere Rolle spielen wird.

Die Erben und Nachfolger der Partei der Regionen

Die Partei der Regionen – mehr als ein Jahrzehnt, unterbrochen durch das Intermezzo der Orangen Revolution, die regierende Partei des Landes – hat den Sturz ihres Führers Janukowitsch nicht überlebt. Die Reste der Partei konnten sich nicht einmal entschließen, unter diesem Namen bei den Wahlen anzutreten. Stattdessen schlossen sich die Versprengten im September zum Oppositi-

onsblock zusammen, der in der Verhältniswahl 9,40 % der Stimmen erhielt und mit 29 Abgeordneten ins Parlament einziehen wird. Auch hier wird sich die Zahl der Abgeordneten noch erhöhen, denn zahlreiche ehemalige Regionale traten in den östlichen und südlichen Gebieten in Mehrheitswahlkreisen als Selbstbewerber an und wurden dort gewählt. Im neuen Parlament werden nach Recherchen der Volksfront-Abgeordneten Viktoria Siumar mehr als 60 Abgeordnete sitzen, die am 16. Januar für die sogenannten Diktaturgesetze gestimmt haben (s. [Ukraine-Analysen 126](#), S. 6). Diese waren der letzte Versuch von Janukowitsch, durch rigorose neue Gesetze sein autoritäres Regime zu retten – vergeblich.

Eine weitere Nachfolgepartei, die Partei Starke Ukraine des Unternehmers Serhij Tihipko, scheiterte mit 3,1 % der Stimmen an der Fünfprozenthürde, Tihipko selbst wird dennoch als siegreicher Bewerber in einem Mehrheitswahlkreis in das Parlament einziehen. Eine Analyse des Wählerverhaltens im Osten der Ukraine zeigt, dass die Partei von Janukowitsch bzw. deren Nachfolgeorganisationen in einigen Gebieten noch immer eine starke bis dominierende Position haben (s. [Grafik 8](#) auf S. 9). Im Gebiet Charkiw haben etwa gleichviel Wähler für die Nachfolgeparteien gestimmt wie für die Maidan-Parteien, die in dieser Analyse als neue Mehrheit bezeichnet werden. In den Gebieten Saporishshja, Dnipropetrowsk, Mykolajiw, Cherson und Odesa liegen die Parteien des Maidan vorne. Aber in den Teilen der Gebiete Luhansk und Donezk, die nicht besetzt sind und in denen die ukrainischen Behörden die Wahlen durchführen konnten, stimmte eine deutliche Mehrheit für die Nachfolgeorganisationen.

Allerdings ist dabei folgendes zu bedenken: Bei früheren Wahlen hatte die Partei von Janukowitsch in Donezk und Luhansk Zustimmungsraten um 90 %, hier war ihr politisches Kernland. Jetzt stimmte in den freien Teilen dieser Gebiete etwa ein Viertel der Wähler für die Parteien des Maidan. Bedacht werden muss auch, dass die Zustimmung zum Oppositionsblock keineswegs Separatismus und schon gar nicht Unterstützung für den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine bedeutet. Janukowitsch hat sich, solange er Präsident war, vom Separatismus distanziert, dies gilt umso mehr für die Nachfolgeparteien. Trotz des Stimmverlustes repräsentieren die jetzt als Oppositionsblock auftretenden Regionalen eine ernstzunehmende politische Kraft, die der neuen Mehrheit durchaus gefährlich werden kann, sollte diese die selbst geweckten Erwartungen enttäuschen. Die Opposition artikuliert die Euroskepsis und die prussische Mentalität in der östlichen Ukraine. Zwar sind die Überbleibsel der Partei der Regionen kein monolithischer Block, sondern in mancher Hinsicht gespalten; das aber gilt für die neue Mehrheit ebenso.

Die politischen Vertreter des Regimes Janukowitsch hätten noch größere Erfolge errungen, wenn die Wahlberechtigten in den besetzten Gebieten und auf der Krim an den Wahlen hätten teilnehmen können. Ihre Zahl in den besetzten Gebieten wird auf 3 Millionen geschätzt; addiert man dazu die etwa 1,7 Millionen Wahlberechtigten auf der Krim, so konnten etwa 12 % der wahlberechtigten Ukrainer ihre Stimme nicht abgeben. Anders gewendet, 88 % der Wahlberechtigten des Landes hatten die Möglichkeit, an den Wahlen teilzunehmen. Insoweit besteht an der Legitimität des Urnenganges kein Zweifel. Die erzwungenen Nichtwähler hätten mit Sicherheit den Stimmenanteil der Opposition erhöht, und die Kommunisten wären nicht an der 5 % Hürde gescheitert.

Die National-Radikalen

Die radikalen Nationalisten sind das Schreckgespenst, das in Russland und im Westen zur Diffamierung der Ukrainer taugt und von dem in großem Umfang Gebrauch gemacht wird. Die Wahlergebnisse zeigen einmal mehr, dass es die rechten radikalen Kräfte durchaus gibt, dass sie aber zahlenmäßig nicht nur der neuen Mehrheit, sondern auch der alten Mehrheit, d. h. den Nachfolgeparteien der Partei der Regionen, unterlegen sind. Was den Grad der organisatorischen Festigkeit angeht, unterscheiden sich die National-Radikalen in nichts von den anderen politischen Gruppierungen: Sie sind institutionell ähnlich zersplittert und volatil.

Größtes Aufsehen erregte im Wahlkampf der – wie es schien – kometenhafte Aufstieg der Radikalen Partei Oleh Ljaschkos, der nicht zuletzt durch seine militante Rhetorik und seine gewalttätigen Auftritte das Publikum unterhielt und faszinierte. Ljaschko positionierte sich als Mann des Krieges und des Kampfes, kompromisslos gegenüber Oligarchen und Russen. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai schaffte er es mit 8 % auf Platz drei. Bei Vorwahlbefragungen erreichte seine Partei Werte bis zu 20 %. Tatsächlich erhielt sie bei den Parlamentswahlen 7,45 % der Stimmen und damit 22 Abgeordnetenmandate.

Ljaschko gibt sich als Politiker ohne den Willen zum Kompromiss und die Bereitschaft zur Toleranz. Dies unterscheidet ihn von dem bisherigen Führer der radikalen Nationalisten, dem Chef der Partei Swoboda, Oleh Tjahnybok. Er hatte bei den Parlamentswahlen 2012 einen ähnlichen Aufstieg erlebt wie jetzt Ljaschko oder die Partei Selbsthilfe: Insbesondere in Lwiw und in der Hauptstadt wurde Swoboda 2012 eine der stärksten Parteien. Der Grund war weder damals noch jetzt ein überbordender integraler Nationalismus der Bürgerlichen, sondern ein starkes Protestpotential, das nach Ausdrucksmöglichkeiten suchte (s. [Ukraine-Analysen Nr. 109](#)).

Tjahnybok und Swoboda übernahmen 2014 führende Rollen auf dem Maidan und wurden so in die

Verantwortung mit eingebunden. Tjahnybok stand neben Klitschko und Jazenjuk als politischer Führer aller Demonstranten auf dem Podium des Maidan. Er überwand die Rolle des kompromisslosen Nationalisten. Aber damit taugte Swoboda nicht mehr als Blitzableiter für alle Protestler. Die Partei verfehlte mit 4,71 % und nur mit sechs in Einerwahlkreisen gewählten Abgeordneten knapp die Fünfprozentbarriere und wird nicht mehr im Parlament vertreten sein. Allerdings eroberten Tjahnybok selbst und einige prominente Swoboda-Aktivisten insgesamt sechs Mehrheitswahlkreise, so dass diese politische Gruppierung in dieser Form auch weiterhin in der Werchowna Rada präsent sein wird.

Die größte Projektionsfläche für die Angst des Auslands vor einem erstarkenden Nationalismus in der Ukraine ist der Rechte Sektor mit seinem Anführer Dmitrij Jarosch. Diese Gruppe bewaffnete sich bereits im Januar zur Verteidigung des Maidan und weigert sich seither, die Waffen abzugeben. Sie akzeptiert das Gewaltmonopol des Staates nicht. Als politische Partei war der Rechte Sektor erfolglos und erhielt nur 1,80 % der Stimmen bei der Verhältniswahl. Allerdings gelang es Jarosch in seiner Heimat Dnipropetrowsk einen Mehrheitswahlkreis zu erobern; er wird also im Parlament sitzen. Seine Weltansicht ist militaristisch und hat faschistische Züge.

Über den Autor

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker und war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an der Universität zu Köln.

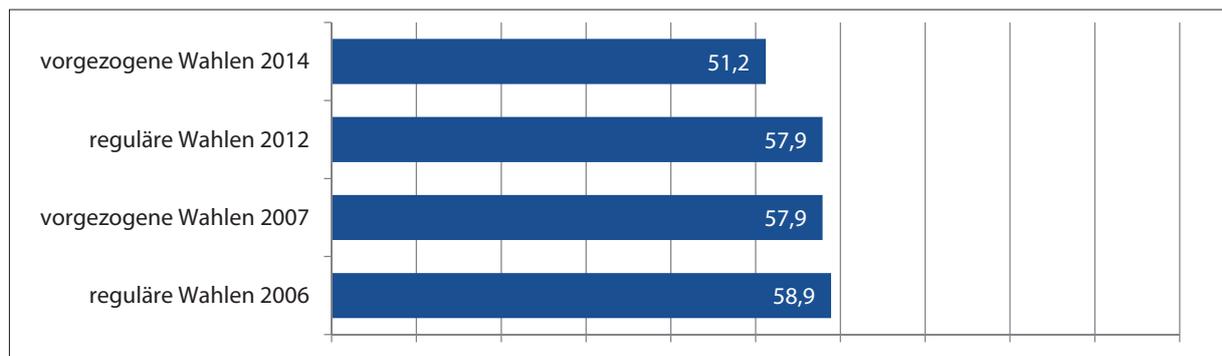
Fazit

Die vorgezogenen Parlamentswahlen waren ebenso wie die Präsidentenwahl im Mai die direkte Folge des Euromaidan, des Aufbegehrens der Zivilgesellschaft gegen die korrupte autoritäre Präsidialherrschaft. Die Wahlen haben die Ergebnisse des Maidan sozusagen formalisiert. Sie sind auch das Eingeständnis, dass die Zivilgesellschaft nicht das Land regieren kann und dass demokratische Institutionen unabdingbar sind. Aus beidem – dem zivilgesellschaftlichen Aufbruch und dieser Formalisierung – gewinnt die ukrainische Gesellschaft Selbstbewusstsein; dies ist ein weiterer Baustein der Staats- und Nationsbildung. Auch die russische Aggression fügt die ukrainische Gesellschaft enger zusammen und fördert die Konsensbildung sowie die Überzeugung, dass die Ukraine auf sich selbst gestellt ist und mit eigenen Kräften den Weg in die Zukunft gestalten muss. Das Land braucht aber, wenn es erfolgreich sein will, die Hilfe des Westens. Die Unterstützung der EU und Amerikas für die Ukraine ist keine Politik gegen Russland, sondern folgt der Einsicht, dass Europa für diejenigen einzustehen hat, die sich ihm zugehörig fühlen und nach westlichen politischen Werten leben wollen. Dabei schaffen Visionen natürlich noch nicht neue Wirklichkeiten, aber ohne sie gibt es keinen Aufbruch.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

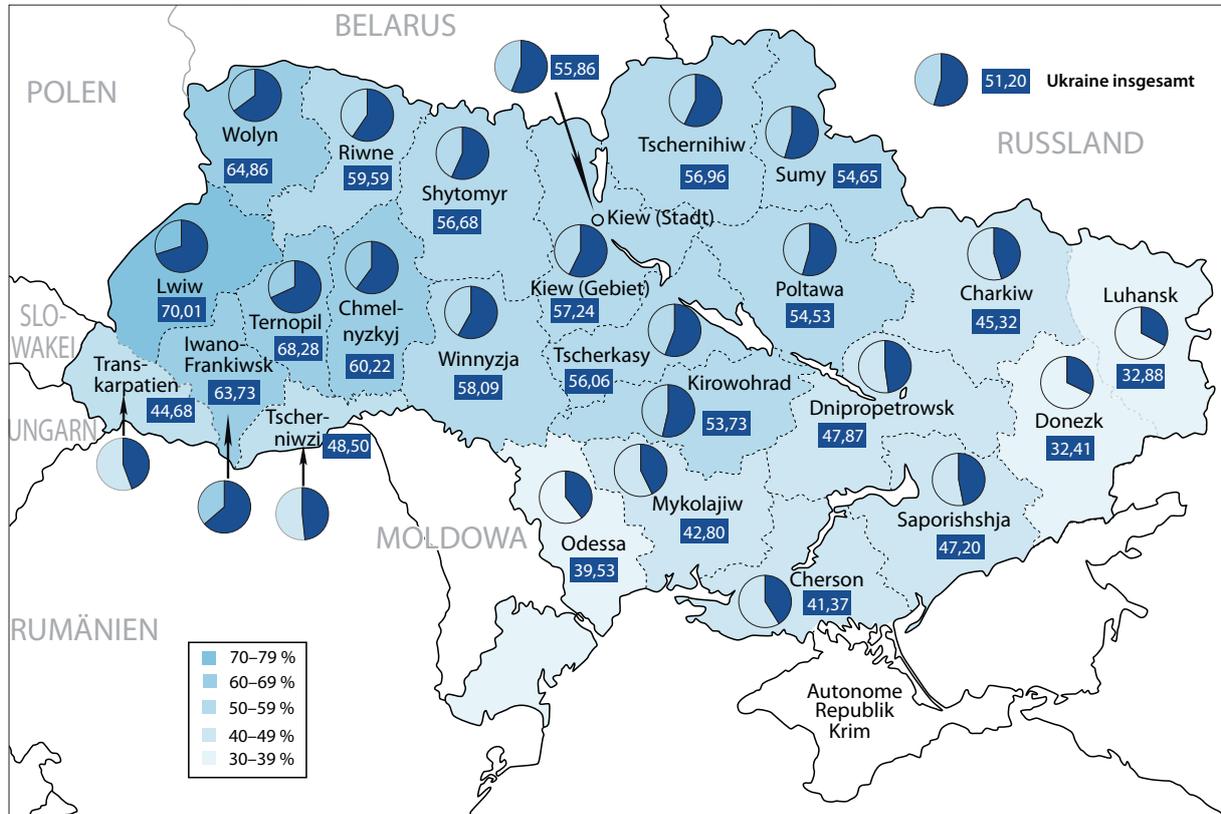
Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014

Grafik 1: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 im Vergleich zu vergangenen Parlamentswahlen in der Ukraine (in %)



Quelle: Bürgernetzwerk OPORA, <<http://oporaua.org/en/news/7249-promizhni-pidsumky-rezultativ-sposterezhennja-gromadjans-koji-merezhi-opora-shchodo-perebigu-dnja-golosuvannja>>

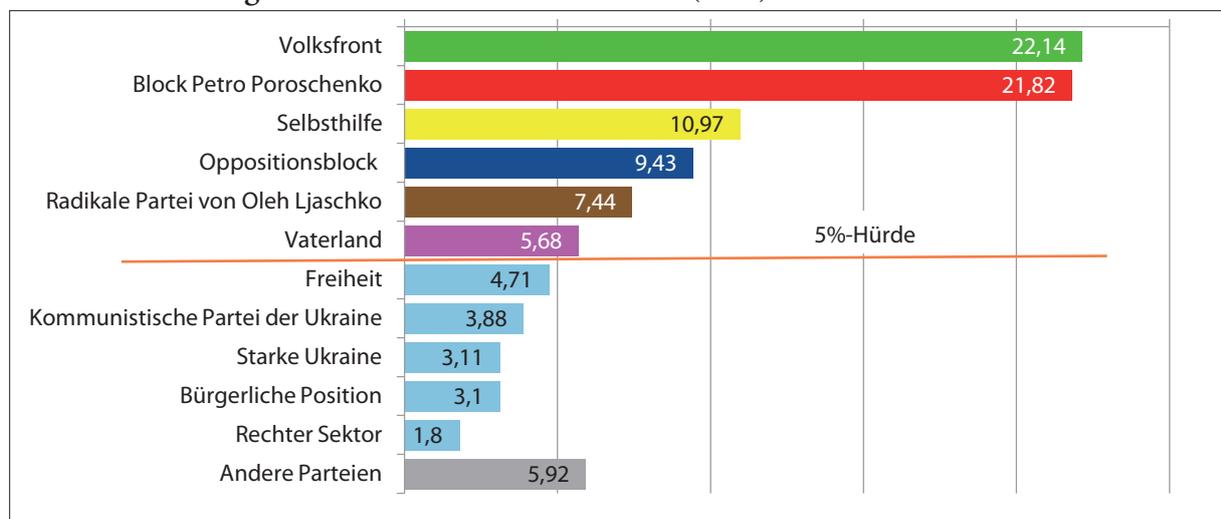
Grafik 2: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 nach Regionen (in %)



Anmerkung: Angaben für alle Bezirke außer der Autonomen Republik Krim (insgesamt elf), Sewastopol, neun Bezirke in der Region Donezk (von insgesamt einundzwanzig) und sechs Bezirke in der Region Luhansk (von insgesamt elf).

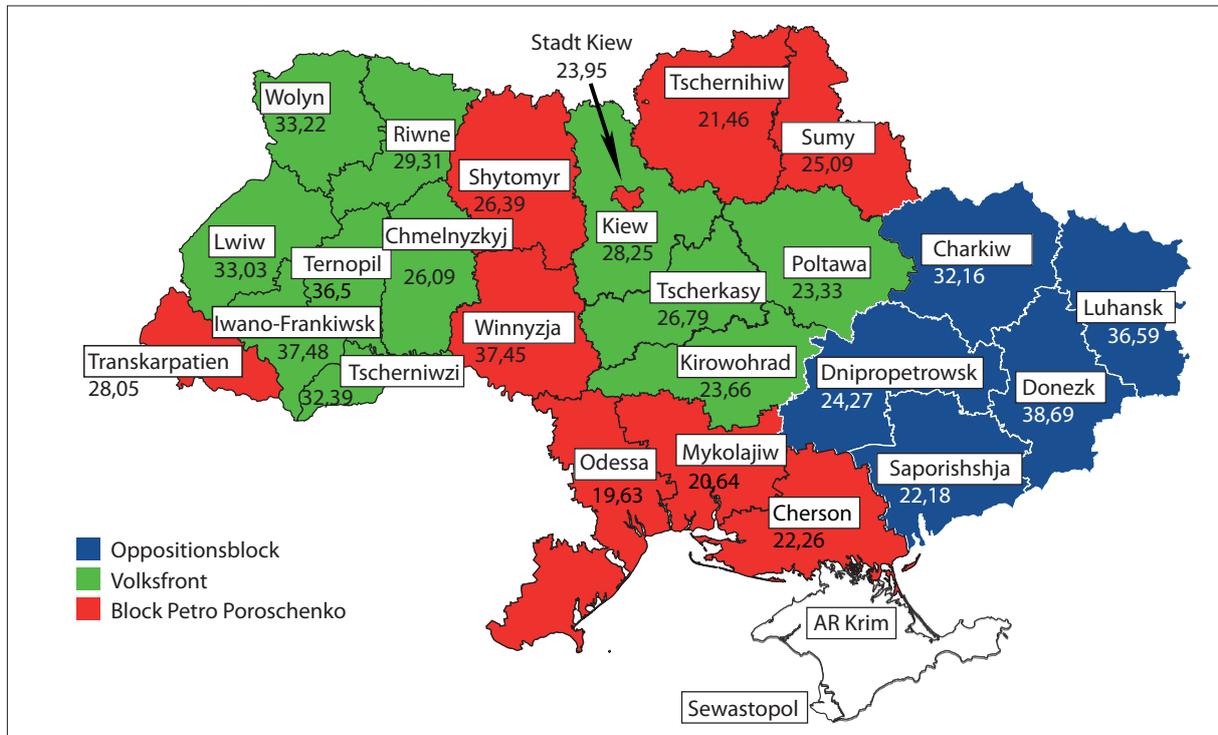
Quelle: Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Zentralen Wahlkommission der Ukraine, <http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp095_2?PT001F01=910&pt049f01=2>; Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

Grafik 3: Wahlergebnisse der Parlamentswahl 2014 (in %)



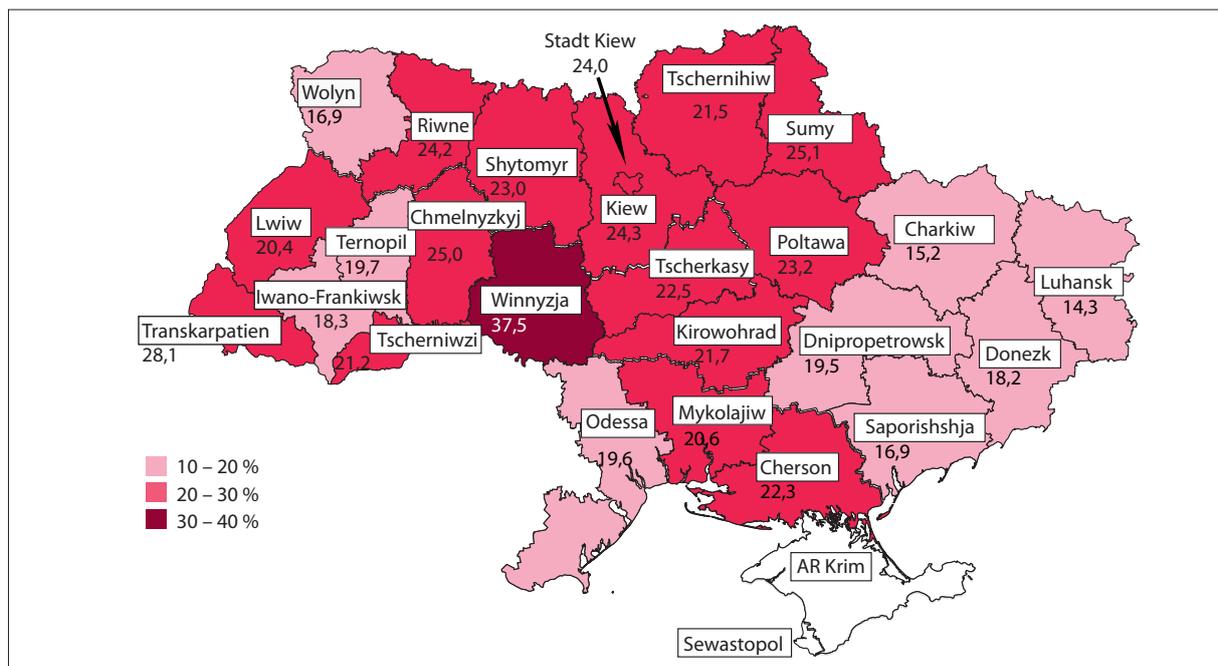
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp300?PT001F01=910>>

Grafik 4: Wahlsieger in den Regionen (in %)



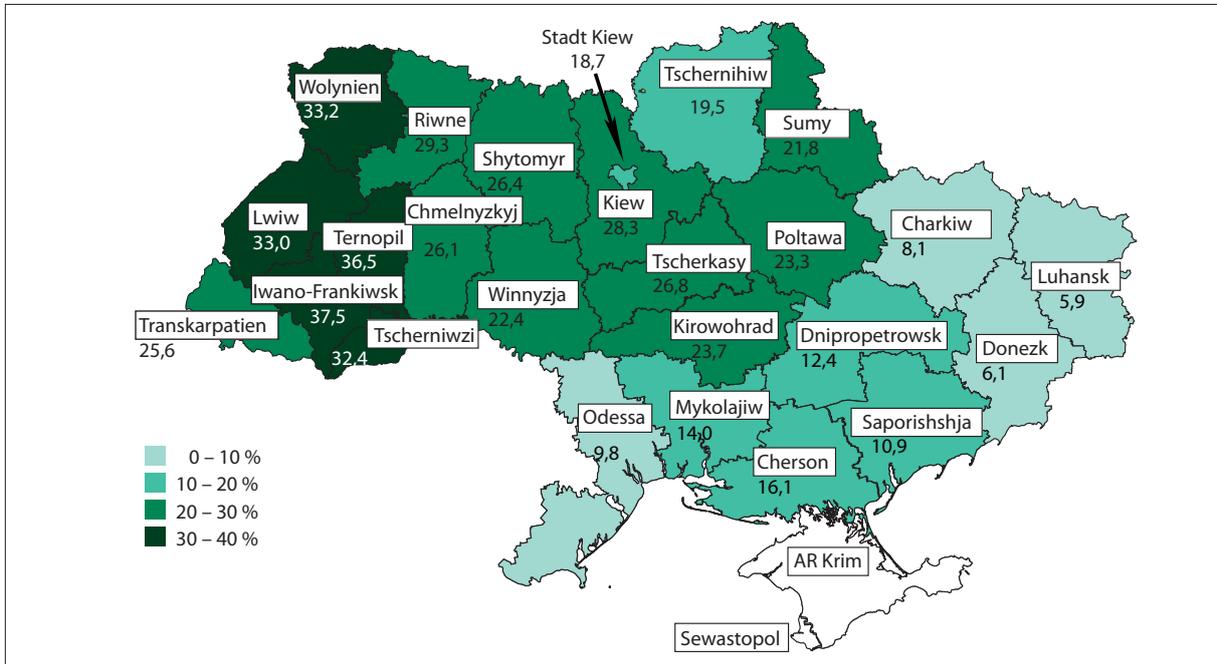
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp301?PT001F01=910>>

Grafik 5: Stimmenanteil für den Block Petro Poroschenko in den Regionen nach Verhältniswahl (in %)



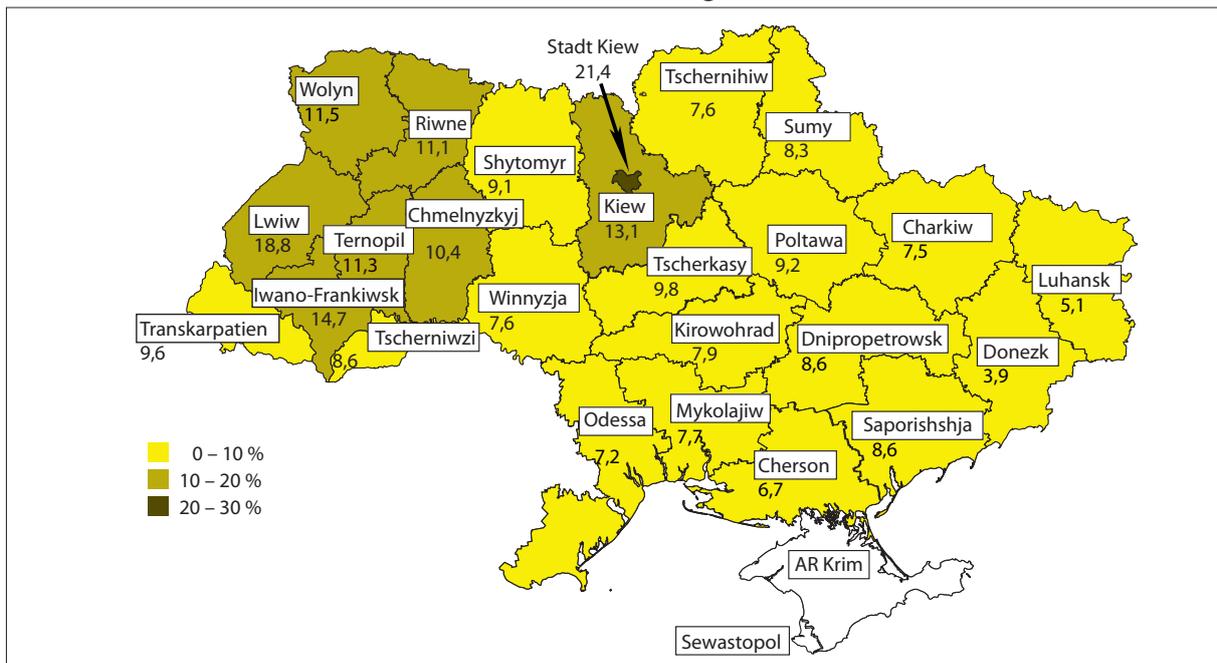
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/WP320?PT001F01=910&pPlace=2>>

Grafik 6: Stimmenanteil für die Volksfront in den Regionen nach Verhältniswahl (in %)



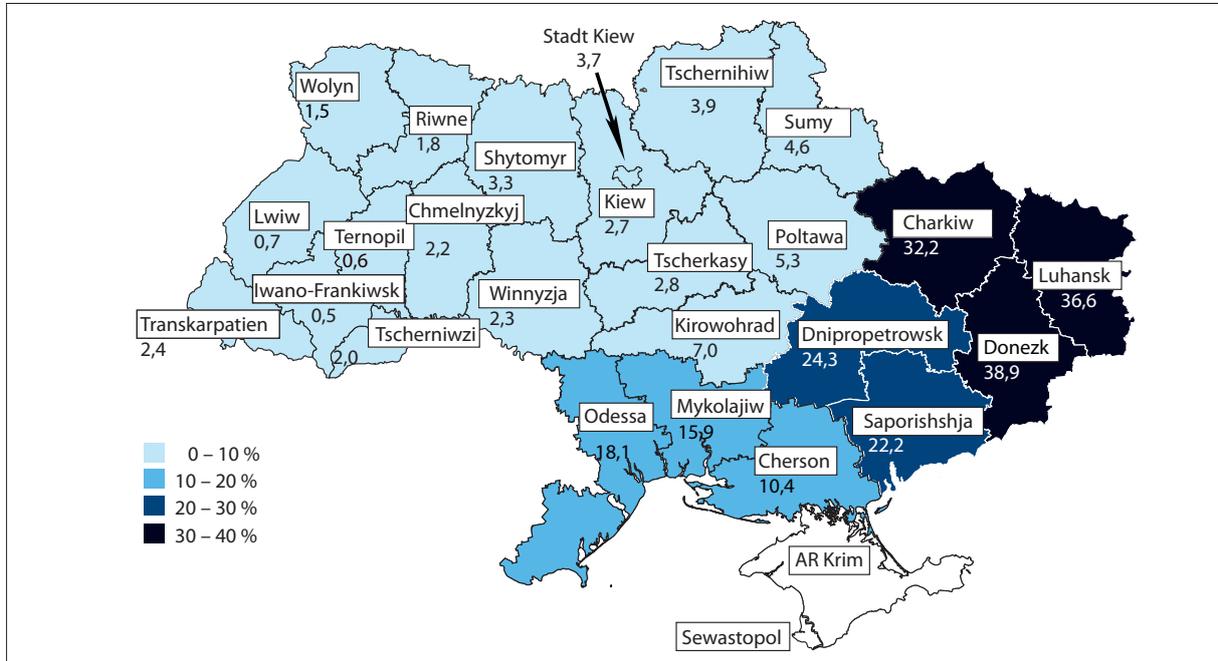
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp320?PT001F01=910>>

Grafik 7: Stimmenanteil für die Selbsthilfe in den Regionen nach Verhältniswahl (in %)



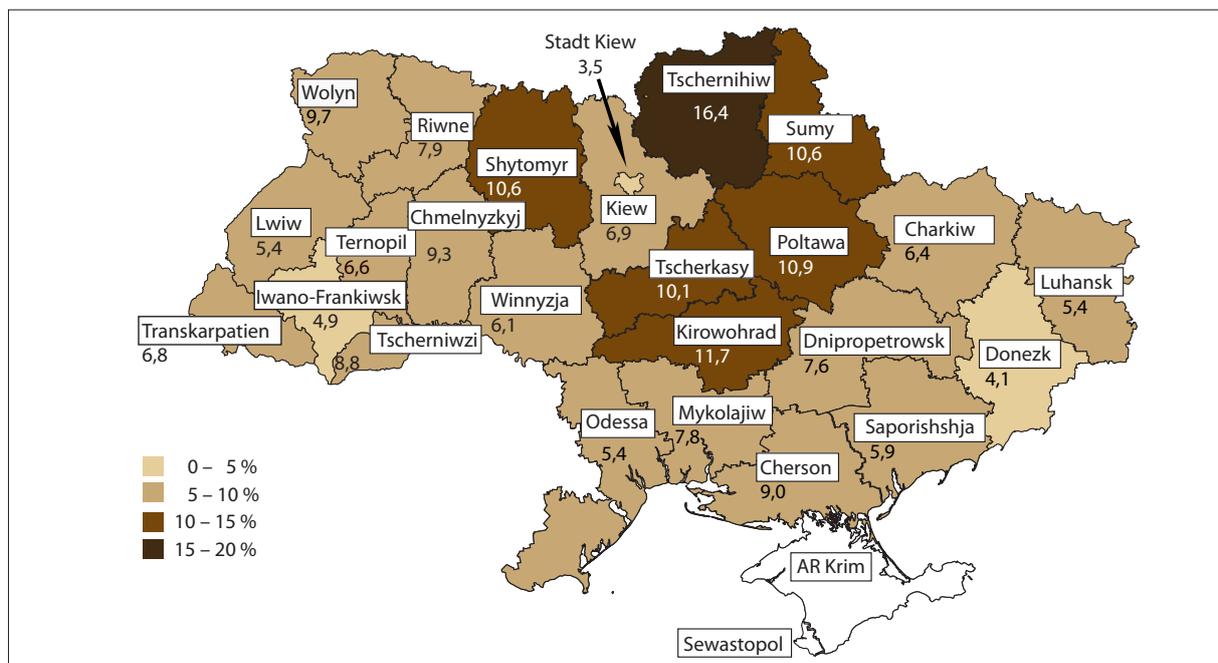
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/WP320?PT001F01=910&pPlace=3>>

Grafik 8: Stimmenanteil für den Oppositionsblock in den Regionen nach Verhältniswahl (in %)



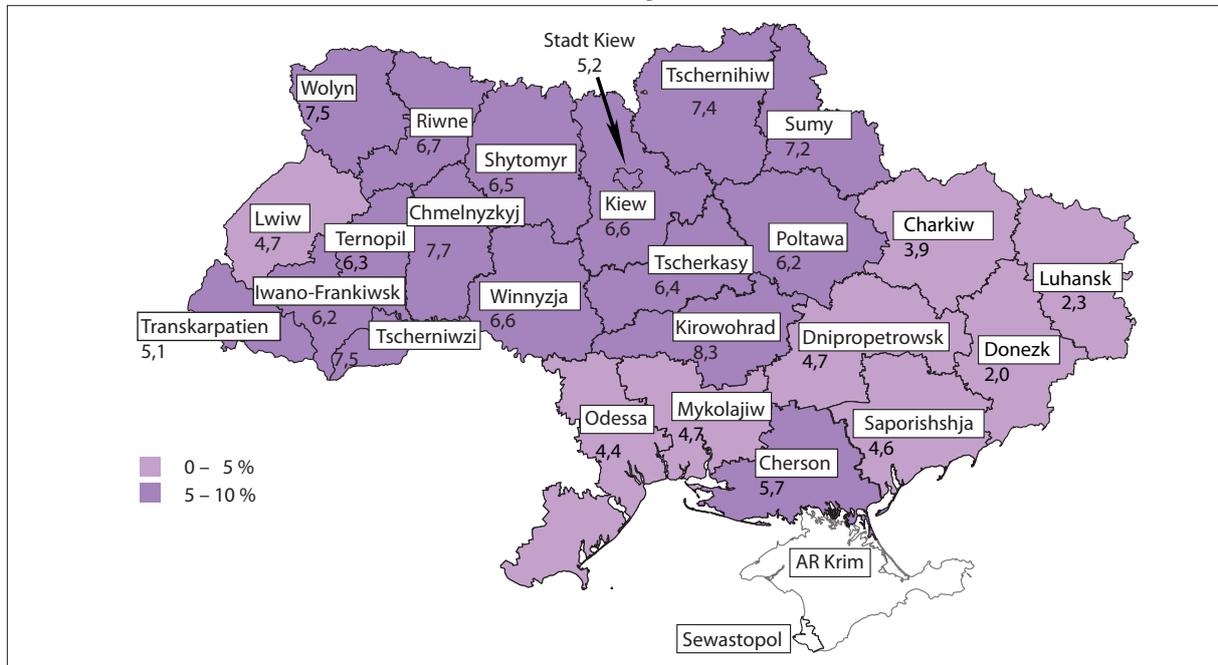
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/WP320:PT001F01=910&pPlace=4>>

Grafik 9: Stimmenanteil für die Radikale Partei von Oleh Ljaschko in den Regionen nach Verhältniswahl (in %)



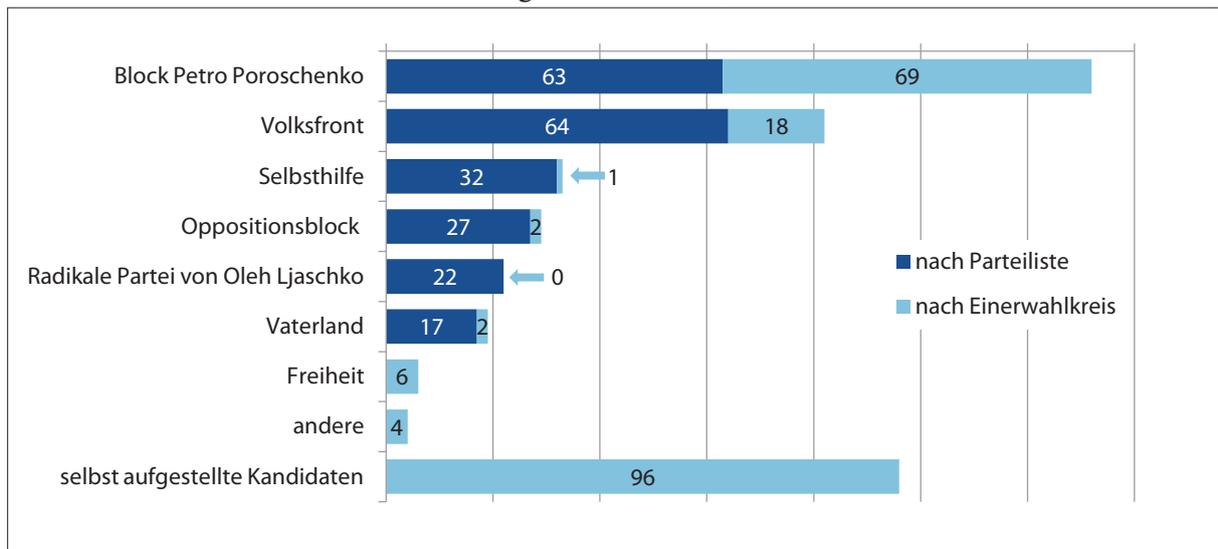
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/WP320:PT001F01=910&pPlace=5>>

Grafik 10: Stimmenanteil für Vaterland in den Regionen nach Verhältniswahl (in %)



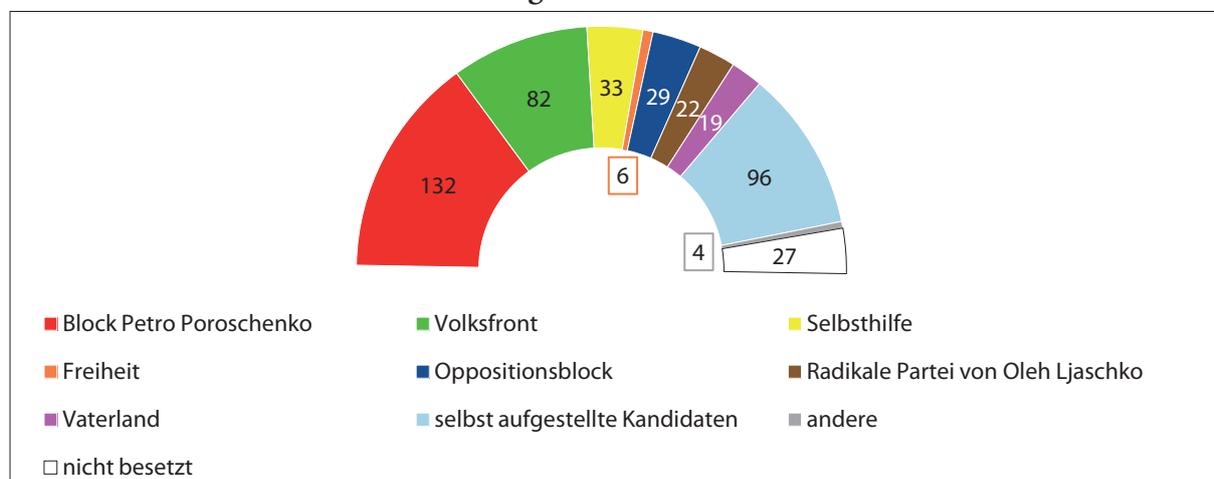
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/WP320?PT001F01=910&pPlace=6>>

Grafik 11: Voraussichtliche Sitzverteilung im Parlament (nach Parteilisten und Einerwahlkreisen)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp611?PT001F01=910>>, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp039?PT001F01=910>>

Grafik 12: Voraussichtliche Sitzverteilung im Parlament



Anmerkung: Nach den Parlamentswahlen 2014 werden nur 423 von insgesamt 450 Sitzen vergeben, weil auf der Krim, in Sewastopol, in neun Bezirken der Region Donezk und in sechs Bezirken der Region Luhansk keine Wahlen stattfanden.

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp611?PT001F01=910>>, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2014/wp039?PT001F01=910>>.

DOKUMENTATION

Berichte über den Wahlablauf am 26. Oktober

INTERIM RESULTS of Observation conducted by the Civil Network OPORA on the Election Day (27.10.2014)

Civil Network OPORA states that the voting process in Early Parliamentary Elections in Ukraine was regular and without incidents that could cast doubt on legitimacy of the election process. Taking into consideration the military operations on the East, 51.2% voter turnout (according to the results of parallel vote tabulation conducted by the OPORA, margin of error is not higher than 1.9%) is quite high, and shows that citizens are interested in political processes. The absolute majority of candidates had equal opportunities. However, campaigning in some districts of Donetsk and Luhansk oblasts was complicated by activities of illegal armed groups, supported by the regular army of the Russian Federation. Thus, we cannot say that the campaign was held freely on all territory of Ukraine. OPORA considers the decision of the CEC not to conduct voting in 15 single-mandate majoritarian election district (9—Donetsk oblast, 6—Luhansk oblast) was quite reasonable. As long as Ukrainian government has no control over these territories, it's impossible to conduct legitimate electoral process there.

On 26 October OPORA's observers reported the following violations at polling stations: attempts to give ballots without passport verification (12.9% polling stations), presence of unauthorized persons at polling stations (6.8%), attempts of illegitimate voting (6.3% of polls), attempts to take a ballot out of polling station (4.1%), violation of the voting secrecy (3.9%), taking picture of a ballot paper (2%), attempts of ballot box stuffing (1.8%), giving money and presents to the voters (1.5%). If we compare the dynamics and types of violations reported this year with those reported in 2012 regular elections, and 2013 re-election in 5 problematic districts, observers denote that controlled voting and fraud are less common. It means that the influence of administrative resource and voter bribery has decreased. Nevertheless, all incidents reported by observers and journalists should be investigated by law-enforcement bodies in order to punish the responsible and prevent such violations in the future.

OPORA's observers are still working at district election commissions, watching procedural violations that occur when the protocols are transferred from PECs to DEC, whether members of PECs have PEC seals with them (which

should be left at the polling place), or are trying to make changes to the protocols. Determination of voting results and activities of the DEC are watched by our observers. The results will be published right after the stage of receiving PEC protocols in DECs. (...)

Quelle: <<http://oporaua.org/en/news/7249-promizhni-pidsumky-rezultativ-sposterezhennja-gromadjanskoji-merezhi-opora-shcho-do-perebigu-dnja-golosuvannja>>

Committee of Voters of Ukraine: Report on Results of Voting and Vote Tabulation Monitoring. Summary

Voting on election day was generally conducted in accordance with the law and international standards.

However, CVU's official observers reported a number of problems related to the organization of the voting process and preparation for its implementation.

Similarly to the presidential election in May 2014, many parties and candidates have broken the law forbidding campaigning on election day and the day preceding. In particular, last-minute outdoor political advertising appeared in many regions, most often associated with "Batkivschyna," Petro Poroshenko Bloc, and the Radical Party.

Voters generally were able to make an informed choice on election day. At the same time, the possibility of such a choice was complicated by the lack of information posters of candidates and parties at many stations, as well as non-transparent financing of election campaigns. Before election day, the CEC published on its website the interim financial statements for only 2 of the 29 parties, while the financial reports of candidates in single-mandate constituencies were available for less than half of the constituencies.

Among the most common problems and irregularities in the organization of voting: frequent changes in polling stations and DECs, made on the last day before the election and leading to misunderstandings among members of the preparatory commission meeting; no posters on many stations; cases of vote-buying and organizing so-called "carousel voting"; cases of mass transportation of voters to the polls; interference with the work of district and precinct election commissions; wrongful stamping of "Removed" on some ballots, cases of obstruction of official observers, and others.

However, the number of violations of election law in the organization of voting process on October 26, 2014 were significantly lower than in the previous parliamentary elections of 2012. Many violations were related to the fact that the elections were held according to the mixed electoral system, which opens the door to abuse by candidates in single-member constituencies. The introduction of the latest amendments to the Criminal Code of Ukraine and the upcoming transition to a proportional electoral system with voting for "open lists" of candidates will significantly reduce the number of violations of election law not only on election day, but also in preparation for its conduct.

Despite limited human resources, law enforcement authorities properly maintained law and order at polling stations and properly responded to violations of election laws during election day. Cases of bribery of voters, of "carousel voting", of unauthorized interference with the work of the "Vybory" computer analytical program in one of the districts of Kiev should be properly investigated and perpetrators should be brought to justice under recent amendments to the Criminal Code of Ukraine.

In view of the overall situation in the Donetsk and Lugansk regions, it can be argued that voting in the Donbas (in areas controlled by the Ukrainian government, which conducted the vote) was duly secured, although not unproblematic. Some problems occurred at the stage of processing protocols of vote counting by the polling stations (DEC #60 paused its work because of attacks by the separatists, there were problems with the admission of observers to do their duty in DEC # 50, etc.)

In general, vote counting, the transportation of election documents, and tabulation were conducted with no significant violations. The main problems at this stage were incorrect drafting of the reports of the vote count at the polling stations, resulting in the need to provide corrected protocols and traditionally long queues to submit the election documents at the DECs. In some districts, cases of empty signed protocols and transportation of election documents to the DEC with polling station seals were observed.

Quelle: <<http://www.cvu.org.ua/eng/nodes/view/type:news/slug:gdhmdgjm>>

ENEMO Preliminary Assessment (27.10.2014)

“Ukrainian voters casted their ballots in a transparent and efficient manner”

The European Network of Election Monitoring Organizations (ENEMO) has deployed 206 short-term observers to monitor the October 26, 2014 Early Parliamentary Elections in Ukraine. All stages of the voting process, including the opening, polling, the counting of the votes and the tabulation of results in polling stations and district election commissions (DECs) were monitored.

Mr. Srdjan Pavlicic, Head of the ENEMO Mission to Ukraine 2014 stated: “The preliminary assessment of ENEMO is that the polling on October 26 was conducted in a transparent and efficient manner, and generally in compliance with international standards. Certain irregularities that did not have significant influence on the outcome of the results were observed, especially during the campaign period.”

Election authorities, especially the Central Election Commission (CEC) made extraordinary efforts in order to conduct elections and to allow voters to cast their votes in a complex political and security environment, by meeting the shortened deadlines related to the character of this election.

ENEMO acknowledges the efforts of all election stakeholders, including the citizens of Ukraine, which contributed towards organizing and conducting a calm and transparent voting process. “However, the process of tabulation and announcing of the official results is still to be conducted. Therefore, ENEMO encourages all participants in the election process to stay calm and restrain from any kind of unethical behavior”—added Mr. Pavlicic.

The ENEMO mission underlines the need for further continuation of open and inclusive electoral reform discussion with the participation of a broad range of stakeholders, including civil society, in order to improve and harmonize electoral legislation. Moreover, ENEMO recommends the professionalization of district election administration, at least at the management level, which would contribute towards raising the institutional capacity of DECs.

ENEMO observers visited 101 polling stations during the opening stage. Observers in total made 1,250 visits to polling stations and followed the counting in 99 polling stations and transfer of results to 99 DECs.

ENEMO’s international observation mission for the Ukrainian Early Presidential Elections 2014 is financially supported by the National Democratic Institute for International Affairs, the United States Agency for International Development, the U.S. Department of State’s Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, the Embassy of the Federal Republic of Germany in Kyiv and the EU European Development Fund.

Quelle: <http://www.enemo.eu/press/Ukraine2014parliamentary/ENEMO_Press%20Release_27.10.2014_ENG.pdf>

Rede des Präsidenten am Vorabend der Parlamentswahlen (25.10.2014)

Vote for Ukraine!—President’s address on the eve of the elections to the Verkhovna Rada of October 26

Dear compatriots!

October 26 is the date of the elections to the Verkhovna Rada.

They are held exactly five months after the presidential elections.

As candidate for the post of the President, I promised the Association Agreement with the EU. We’ve achieved its signing, ratified and started implementing it. Though it was hard. Even on the day of signing, June 27, when I landed in Brussels, several European leaders hesitated whether to give the green light to the Agreement or not.

I promised purification of authorities—the law on lustration was signed and it has already begun.

I promised early elections to the Parliament—and they will be held tomorrow.

I dissolved former Verkhovna Rada not only because it has been an obedient tool in the hands of the dictator, not only because there were dozens of MPs who were the fifth column of Russia, not only because the re-elections were one of the key demands of the Revolution of Dignity, but also because I was convinced of its low reformist potential. Friends, wet doesn’t burn. It is difficult to drive fast with reforms when hundreds of MPs synchronously press on breaks!

It’s time to complete a full reset of power. I believe in a deep upgrade and rejuvenation of the Parliament. You’ll see, it will be a radically new Parliament.

I have enough political will to implement the developed strategy of reforms. But I also need the majority in the Parliament. Reformist majority not corrupt one. Pro-Ukrainian and pro-European, not pro-Soviet.

Without it, the presidential program in which millions of Ukrainians believed in June will remain on paper.

My team has already prepared a draft coalition agreement. It is based on “Strategy 2020”. This is a plan of changes we have developed. Its implementation will ensure the introduction of European standards and decent place of our country in the world. By 2020, Ukraine should be ready to apply for a membership in the European Union.

Not only corruption and oligarchy, but also irresponsibility of politicians and boundless populism were destroying the chance for Ukraine to develop.

Clear plan of reforms not sweat promises and distribution of posts on the basis of compromised party quotas must lay the foundation of new coalition agreement.

If we adhere to this approach, nobody and nothing will prevent the reforms. Every Ukrainian must feel the financial result of these reforms, though it will not be immediately.

The implementation of the “Strategy 2020” means economic growth, availability of work, decent wages, decent pensions, high scholarship, a successful private business.

I will do everything I can for the new coalition and new Government to be formed quickly and start working hard over the reforms.

Dear compatriots!

You can only guess my preferences. I have no right to agitate for any political force, especially today. You have an extremely wide choice. The authorities ensured fair, competitive, free and transparent election campaign. It completely meets the European standards.

Please, choose honestly. Remember only that a vote for the money is now an offense not only of those who buy, but also of those who sell. Measuring your vote with hryvnias means selling Fatherland. It is unlawful and sinful hundred times when thousands of people risk their lives defending our Homeland.

The most important our goal is peace. Our valiant soldiers liberated the majority of the Donbas from terrorists and the elections will also be held there tomorrow.

We can return territories where there is no military settlement only through political solution. It is impossible to storm Donetsk without destroying it. This city is not native for occupants. But it is native for us and our compatriots live there. Critics will not stop me from searching for peaceful solution to the situation.

At the same time, we do not forget about reinforcement of the army. We keep the powder dry and act under the principle “everything for the front, everything for the victory”.

Decision on ceasefire was beneficial first of all for the defense capacity. We healed wounds, summoned human resources, delivered weapons and equipment, built fortifications. All armored tank plants work under the three-shift schedule. Now we are much stronger than 1.5 month ago. God forbid, but they will regret if they attack.

We are building our new Ukrainian home on reliable basis of European values and patriotic enthusiasm of the people of Ukraine.

Vote for Ukraine—united, single, indivisible and European!

Glory to Ukraine!

Quelle: Press office of President, <<http://www.president.gov.ua/en/news/31488.html>>

Parlamentswahlen 2014: Internationale Reaktionen

EU: Joint statement on the parliamentary elections in Ukraine by President of the European Council Herman Van Rompuy and President of the European Commission José Manuel Barroso (27.10.2014)

The EU welcomes the holding yesterday of parliamentary elections in Ukraine. We take good note of the OSCE/ODIHR's preliminary assessment that they marked an important step in Ukraine's aspirations to consolidate democratic elections in line with its international commitments. This was a victory of the people of Ukraine and of democracy. The electoral mandate given by the Ukrainian people must now be implemented.

We look forward to the early formation of a new Government. On the basis of the outcome of the elections a broad national consensus should be sought in view of intensifying much needed political and economic reforms in Ukraine. A reinvigorated reform process, including the launching of a country-wide national dialogue, will be crucial in view of Ukraine's political association and economic integration with the EU and to consolidate Ukraine's unity and inter-

nal cohesion. We look forward to working closely together with the new Verkhovna Rada and the future new government to assist in these endeavours.

We reiterate the importance that the upcoming early local elections in Donbas later this year will be held under Ukrainian law and will serve the same goal of de-escalation and focusing on reforms through an inclusive dialogue between the Ukrainian Government and democratically elected representatives.

Quelle: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/145481.pdf>

U.S.: Statement by the President on Parliamentary Elections in Ukraine (27.10.2014)

On behalf of the American people, I congratulate the people of Ukraine on holding successful parliamentary elections on October 26. Despite a challenging security environment in certain regions, millions of Ukrainians turned out across the country to cast their ballots in an orderly and peaceful manner. I commend the Government of Ukraine for the conduct of the campaign and election day vote, which international monitoring organizations assess to have been largely in line with international standards.

At the same time, it is clear that Russian authorities occupying Crimea and Russian-backed separatists in parts of eastern Ukraine prevented many Ukrainian citizens from exercising their democratic rights to participate in national elections and cast their votes. I call on Russia to ensure that its proxies in eastern Ukraine allow voters in the parts of Donetsk and Luhansk subject to the Special Status Law to choose their representatives in legitimate local elections on December 7, in keeping with the agreement that Russia and separatist representatives signed in Minsk, Belarus, on September 5, 2014. The United States will not recognize any election held in separatist-held areas that does not comport with Ukrainian law and is not held with the express consent and under the authority of the Ukrainian government.

Yesterday's parliamentary vote represents another important milestone in Ukraine's democratic development. We look forward to the convening of the new parliament and the quick formation of a strong, inclusive government. The United States stands ready to support the choices of the Ukrainian people and Ukraine's new government as it enacts and implements the reforms necessary to promote further democratic development, strengthen the rule of law, and foster economic stability and growth in Ukraine. The United States also will continue to support Ukraine's sovereignty and territorial integrity as it works toward a peaceful resolution of the conflict in the east and a return of Crimea, and will stand with its people as they seek to build a more secure, prosperous, and democratic future.

Quelle: <<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/10/27/statement-president-parliamentary-elections-ukraine>>

Russian Federation: Foreign Minister Sergey Lavrov's interview with Life News television and Izvestia daily, Moscow, 27 October 2014

Question: Ukraine has just held parliamentary elections. Does Moscow recognise them?

Sergey Lavrov: The elections are being monitored by observers, including OSCE observers, and there are Russian representatives among them. This time, Russia's Federal Assembly did not send a separate observer team to the elections, so we will wait for the conclusions of the international OSCE team.

The elections seem to be valid, though not in every part of Ukraine. I think Russia will recognise their results as it is critically important for Ukraine to obtain, at long last, a leadership that will not engage in petty infighting and drag the country from east to west and back again, but one that will address real Ukrainian problems. Ukraine needs a government that will think how the nation should regain unity. It needs a government to guarantee an equal status to all Ukrainian citizens irrespective of the language they speak and political convictions they have. No one should be victimised on political and other grounds, as has been the case until recently.

(...)

Quelle: <http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/EF40A589BC597EE9C3257D7F00386A2C>

OSCE: Elections in Ukraine another step towards stabilization, says CiO, calling for enhanced efforts to implement Minsk commitments

BERN, 27 October 2014—Didier Burkhalter, Swiss Foreign Minister and OSCE Chairperson-in-Office, congratulated Ukrainians for taking part in the early elections of the parliamentary assembly. Taking good note of the preliminary findings of the International Election Observation Mission that these elections marked an important step in Ukraine's aspirations to consolidate democratic elections in line with its international commitments, he thanked the election observation mission of the OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (OSCE/ODIHR) and the observation delegation of the OSCE Parliamentary Assembly as well as other international institutions for their engagement. He added that he regretted the fact that in Crimea and some districts of eastern Ukraine, which are currently not under the control of the Ukrainian authorities, Ukrainian citizens could not exercise their voters rights.

Holding these parliamentary elections was another crucial step for stabilizing the situation in Ukraine, Burkhalter said. The Protocol and Memorandum signed in Minsk on September 5 and September 19 respectively remained the indispensable basis for a sustainable solution of the crisis. He urged all stakeholders to fully implement the commitments under these documents, in particular with regard to the respect of the cease-fire and to an effective control of the border area between Ukraine and the Russian Federation. The Trilateral Contact Group should convene without delay to as to advance implementation of these commitments, the CiO proposed.

Burkhalter expressed concerns about reports on a deepening social and economic crisis in the area of conflict and said that any of these issues could effectively be addressed only in cooperation with legitimate representatives of local communities. Local elections in that area must therefore be held in full accordance with the Minsk protocol and with Ukrainian legislation.

The OSCE was continuing to work at all levels to assist the Ukrainian government in its efforts to further de-escalate the situation, Burkhalter said. The expansion of the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM) to 500 monitors, including more than 300 monitors in eastern parts of Ukraine, was ongoing, Burkhalter added. He pointed out that the speed of this expansion depended on available monitors and equipment, on sufficient funding, and on safe access to the relevant areas. The OSCE was grateful for the more than 150 qualified candidatures since Minsk, he said, adding that the SMM will need further qualified monitors in the weeks and months ahead. The CiO also called on participating and partner States to help close the SMM funding gap until March 2015 of €40.0 Mio in order to enable the SMM to fully and sustainably live up to its tasks.

Burkhalter took positive note of the successful integration into the SMM of civilian unmanned aerial vehicles (UAVs) operating under the authority and direction of the SMM. He expressed his expectation that this complementary aerial information-gathering possibility would support the SMM in fulfilling its mandate regarding the monitoring of the security situation in Ukraine. Following the offers made by France, Germany, Italy, Ukraine and the Russian Federation to put military UAVs and related personnel at the OSCE's disposal too, rapid and intensive consultations on the modalities of the use of such UAVs had been launched in Vienna, Burkhalter said. A spirit of pragmatism and cooperation by all parties would be indispensable for consensus on this matter to emerge rapidly, he concluded.

Quelle: <<http://www.osce.org/cio/126075>>

Ukrainische »Lustration«¹

Von Andreas Stein, Kiew

Zusammenfassung:

Bis zu einer Million Bedienstete des ukrainischen Staats könnte bald gekündigt werden. Hintergrund ist ein im September verabschiedetes »Säuberungsgesetz«. Bürgerrechtler/innen warnen, aber die Mehrheit der Ukrainer/innen steht dahinter.

Einleitung

Kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen am 26. Oktober hat die neue Macht in Kiew einer weiteren Forderung der Winterproteste formal nachgegeben. Im dritten Anlauf wurde mit einer knappen Mehrheit von 231 Stimmen am 16. September das Gesetz »Über die Säuberung des Regierungsapparates« verabschiedet. Nach der Unterzeichnung des allgemein nur »Lustration« (Reinigung/Säuberung) genannten Gesetzes durch Präsident Petro Poroschenko ist es einen Monat später am 16. Oktober in Kraft getreten. Bei vollständiger Umsetzung könnten damit Schätzungen zufolge bis zu eine Million Staatsangestellte ihren Job verlieren. Weiterer Sprengstoff für den ohnehin nur mühsam aufrechterhaltenen Frieden in der Gesellschaft. Die gesetzeswidrige Verabschiedung und der offensichtlich verfassungswidrige Inhalt des Gesetzes zeugen zudem zum wiederholten Male davon, dass auch die neuen Machthaber für den Machterhalt gewillt sind, sich über jegliche Regeln hinwegzusetzen. Auch nach den Opfern des Maidans und des Krieges im Osten hat somit kein generelles Umdenken in der politischen Klasse der Ukraine stattgefunden. Es bleibt zu hoffen, dass Venedig-Kommission und Verfassungsgericht eine generelle Überarbeitung des Gesetzes empfehlen beziehungsweise anordnen werden.

Die Forderung nach einer sogenannten Lustration des ukrainischen Regierungsapparates ist allerdings so alt wie die Unabhängigkeit des Landes. Anfänglich zielte das Vorhaben der Dissidentenbewegung auf eine Entsovjetisierung des Staatsapparates ab. Ähnlich wie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und anderen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes sollten vor allem Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes KGB, Spitzel, (führende) Mitglieder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Jugendorganisation Komsomol aus dem Staatsdienst entfernt werden, damit diese die Entwicklung des unabhängigen Landes nicht sabotieren. Inzwischen sind allerdings 23 Jahre vergangen und die zu Sowjetzeiten bereits

aktiven Mitglieder im Rentenalter oder, wie die Komsomolgeneration von Turtschynow & Co., nicht mehr weit weg davon.

Die Regierung ist selbst verstrickt

Hauptstoßrichtung des Gesetzes ist daher die Regierungszeit von Wiktor Janukowitsch vom 25. Februar 2010 bis zum 22. Februar 2014. Diese wird mit einem Federstrich zu einer Zeit des generellen Verbrechens erklärt, und demzufolge seien alle Staatsangestellten auf der oberen Ebene und in Leitungspositionen an einem Verbrechen beteiligt gewesen und zu entfernen. Dass Unterschlagung, Bestechlichkeit, Erpressung, Überschreitung der Amtsvollmachten und Mord zu Zeiten der Regierung von Janukowitsch ebenfalls strafbar waren und geahndet werden konnten, wird dabei (bewusst) ignoriert. Der Fortschritt der Ermittlungen um die Vorgänge während des Maidans aber auch während der Regierungszeit Wiktor Janukowitschs zeugt davon, dass sich die jetzige Regierungsmannschaft nicht allzu detailliert damit auseinandersetzen möchte, da die eigene Verstrickung zu offensichtlich ist. Aus der im Artikel 62 der Verfassung verankerten Unschuldsvermutung wird per Gesetz die Schuldzuweisung ohne Recht auf Verteidigung vor Gericht. Zu erwarten sind Tausende Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg mit einem massiven Reputationsverlust und hohen Kosten für den ukrainischen Staat.

Einer »Lustration« unterliegen demnach gemäß Artikel 3 insbesondere Staatsangestellte, die in dieser Zeit in der Summe länger als ein Jahr in einer leitenden Position tätig waren. Das betrifft Regierungsmitglieder, Angehörige der Staatsanwaltschaft und der Sicherheitsorgane, des Zolls und der Steuer, schließt aber auch Leiter von Kreisverwaltungen und von Staatsunternehmen ein, die »administrative Dienstleistungen« gewähren. Gekündigt werden kann zudem Angehörigen dieses Personenkreises, die in der Zeit des Euromaidans vom 21. November 2013 bis 22. Februar 2014 nicht gekündigt haben. Ihre Schuld besteht also einzig darin, dass sie weiter ihrer Arbeit nachgegangen sind und nicht, dass sie gegen Gesetze verstoßen haben. Ausgenommen von der »Lustration« sind jedoch alle Posten, die durch

¹ Dieser Artikel ist erstmalig auf der Webseite der Heinrich-Böll-Stiftung am 21.10.2014 erschienen (<<http://www.boell.de/de/2014/10/21/ukrainische-lustration>>). Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Wahl bestimmt werden. Somit sind alle Abgeordneten auf allen Ebenen, aber auch Präsident Petro Poroschenko, Parlamentspräsident Oleksander Turtschynow oder Bürgermeister Witalij Klitschko aufgrund ihrer Komsomolvergangenheit nicht gefährdet, wegen Mitarbeit in Regierungsorganen während der Janukowitsch-Zeit oder gar wegen falscher Angaben über Vermögens- und Einkommensverhältnisse »lustriert« zu werden.

Drohungen des Parlamentspräsidenten

Wer glaubt, dass mit dem Ende der Janukowitsch-Administration und der Wiedereinsetzung der Verfassung von 2004 Demokratie und Parlamentarismus gestärkt würden, ist mit diesem Gesetz zum wiederholten Male eines Besseren belehrt wurden. Die Abgeordneten wurden gezwungen, blind über ein Gesetz abzustimmen, Änderungsanträge wurden ein weiteres Mal ungeprüft ignoriert. Parlamentspräsident Oleksander Turtschynow drohte offen mit der öffentlichen Anprangerung von Abgeordneten, welche die Zustimmung zum Gesetz verweigern. Gleichzeitig wurde für die Verabschiedung des Gesetzes auf das schon vor Wiktor Janukowitsch eingeführte Mittel der Abstimmung für abwesende Kollegen zurückgegriffen.

Turtschynows Drohung ist dabei vor dem Hintergrund zu sehen, dass angesichts der ausbleibenden Reformen und Änderungen nach dem Maidan und der ausufernden Korruption der gesellschaftliche Wille zur Veränderung kanalisiert werden musste. Offenbar dienen Aktionen der Selbstjustiz in Form der sogenannten Müll-Lustration als Blitzableiter, und das »Lustrationsgesetz« stellt den vorläufigen Höhepunkt der Inszenierung dar. Es soll kurz vor den Wahlen Ausdruck und Triumph des »überbordenden Willens« des ukrainischen Volkes nach einer Reinigung der oberen Regierungsorgane sein und den Sieg des Maidans repräsentieren. Umfragen, die zu einem Ergebnis von mehr als 60 Prozent Zustimmung zu diesem Gesetz (oder vielmehr zu einer »Lustration«) kommen, scheinen dies zu untermauern (s. Grafik 1 auf S. 20).

»Müll-Lustrationen«

Fernsehwirksam wurde daher am 6. September in Odessa von Aktivisten des Rechten Sektors erstmalig ein Staatsbediensteter, welcher der Unterschlagung von Mitteln verdächtigt wurde, in einen Müllcontainer geworfen. Weitere derartige Aktionen folgten landesweit. Gleichzeitig stieg auch der Grad der Gewalttätigkeit an. Mit Nestor Schufritsch wurde ebenfalls in Odessa am 30. September ein prominentes Mitglied der ehemals regierenden Partei der Regionen schwer verprügelt, nachdem er sich nicht in eine bereitstehende Mülltonne befördern ließ. Borys Filatow, der Stellver-

treter des umstrittenen Dnipropetrowsker Gouverneurs Ihor Kolomojskij, warnte dabei bereits vor anstehenden politischen Morden, mit denen zu rechnen sei, wenn es keine wirkliche »Lustration« gibt. Diese wurden auch von einem Titelbild der Wochenzeitschrift »Ukrainskij tyzhden« am 4. September vorweggenommen, das Stricke mit Schlingen an einem Lüster als Symbol für anstehende Erhängungen und die Unterschrift »Soll es doch eine Lustration geben!« zeigte. Es musste also eine Lösung her.

Vernichtend ist die Kritik an dem Gesetz vonseiten von Bürgerrechtlern. In einem Beitrag für die einflussreiche Internetzeitung »Ukrainska Prawda« konstatiert Jewhen Sacharow von der Charkower Menschenrechtsgruppe: »In der Ukraine wird das Recht des Stärkeren zur Hauptsache, und die Stärke des Rechts ist auf den Nullpunkt gesunken«. Gleichzeitig bezeichnet er die Welle der »Müll-Lustration« als »faschistische Handlung«. Der ehemalige sowjetische Dissident Semjon Glusman konstatiert enttäuscht: »Das Lustrationsgesetz, das die Werchowna Rada unter dem Druck der Straße verabschiedet hat, ist kein Rechtsdokument. Es widerspricht sogar dem Recht.«

Die »Lustration« wird dabei faktisch vom Justizministerium vorgenommen. Unterliegt also der politischen Konjunktur und nicht einem unabhängigen gesellschaftlichen Organ. Öffentlich einsehbar wird ein Register sein, in dem Beginn der Überprüfung, der Stand und das Ergebnis verzeichnet werden. Sacharow kritisiert hier zurecht, dass im Hinblick auf den Datenschutz die Erfahrungen der ehemaligen Sowjetrepubliken des Baltikums ignoriert wurden. Dort konnten von der »Lustration« Betroffene freiwillig kündigen, ohne dass die Öffentlichkeit von ihrer KGB-Vergangenheit erfuhr. Lediglich über Staatsangestellte, die ihre KGB-Verstrickung zu verheimlichen suchten, wurde die Öffentlichkeit informiert. Erpressung wird damit Tür und Tor geöffnet.

Angesichts der ukrainischen Realien ist auch zu erwarten, dass massiv von dem in Punkt 7, Artikel 1 eingeräumten Schlupfloch der Beteiligung an Kampfhandlungen bei der sogenannten Anti-Terror-Operation in den Oblasten Luhansk und Donezk Gebrauch gemacht werden wird. Im Zweifelsfall wird ein entsprechender Nachweis für regierungstreue Staatsangestellte gestellt oder an sie verkauft werden. Gebrauch machen könnte davon beispielsweise der ehemalige KGB-Agent Walentin Naliwajtschenko, der erneut dem Geheimdienst vorsteht. Als »letzter ukrainischer Hörer« des KGB-Instituts für Auslandsspionage in Moskau fällt er bei erfolgtem Abschluss unter Punkt 3, Abschnitt 4, Artikel 3 des Gesetzes und müsste sofort mit einem zehnjährigen Einstellungsverbot entlassen werden. Ebenso

unter »Lustration« und ein zehnjähriges Staatsanstellungsverbot fallen würde gemäß Abschnitt 8, Artikel 3 ein Großteil der neu ins Amt gekommenen Regierungsvertreter, die alle in ihren Einkommens- und Vermögensdeklarationen Unstimmigkeiten in Bezug auf ihre wahren Lebensverhältnisse haben, wie die Skandale um Generalstaatsanwalt Witalij Jarema und seinen Stellvertreter Anatolij Danylenko zeigen. Im Hinblick auf die bisher ausgebliebene Justizreform und die weiter übliche selektive Anwendung von Gesetzen ist damit nicht zu rechnen. Erwartbar ist daher, dass weiterhin der Wahlspruch gilt: »Für meine Freunde: alles! Für meine Feinde: das Gesetz!« (Getúlio Vargas).

Bis zu eine Million Staatsdiener/innen betroffen

Sacharows Angaben nach werden bei genauer Umsetzung des Gesetzes 500.000 Menschen aus führenden Positionen im Staatsdienst entfernt. Anderen Schätzungen zufolge könnten bis zu eine Million Staatsdiener/-innen betroffen sein. Wie dieses Personal durch besser ausgebildete und fähigere Leute ersetzt werden soll, darauf hat die scheidende Regierung von Arsenij Jazenjuk bisher keine Antwort gegeben. Eine nach dem Maidan entstandene Initiative, über die ukrainische Absolventen ausländischer Hochschulen ihre Dienste der Regierung anboten, wurde offenbar weitestgehend ignoriert. Zudem schafft sich die neue Regierungsmacht

durch die große Zahl der Entlassenen, die sich ungerecht behandelt fühlen, neue Gegner. Das könnte sich angesichts der ohnehin bereits vorhandenen Unzufriedenheit als fataler politischer Fehler herausstellen.

In Anbetracht der Erwartungen, die hinsichtlich der Ergebnisse dieser »Lustration« geweckt wurden, kann jede nach dem 26. Oktober ins Amt gelangte Regierung auch kaum hinter dieses Gesetz zurück. Selbst wenn es zu der großen Zahl an Entlassungen kommt, wird das Korruptionsniveau kaum sinken. Im Gegenteil dürfte sich die Qualität der staatlichen Dienstleistungen noch weiter verschlechtern und – auch wenn nur schwer vorstellbar – das Korruptionsniveau noch weiter erhöhen. Niemand garantiert den neuen Staatsangestellten, dass sie nach dem nächsten Machtwechsel nicht auch zu »Verbrechern« erklärt werden. Daher gilt es für sie, schnell ihre Rente aus dem Angestelltenverhältnis einzustreichen. Denn bisher ist die Postenvergabe weiterhin nicht nur eine Frage von Beziehungen, sondern auch von einem konkreten Preis. Die von Präsident Poroschenko in Aussicht gestellten Korrekturen nach einer Bewertung durch die Venedig-Kommission oder das Verfassungsgericht dürften vor allem von nationalistischen Kräften als Verrat interpretiert werden und den Druck von dieser Seite wieder erhöhen. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes könnten sich die Post-Maidan-Kräfte in eine Sackgasse manövriert haben, die sie politisch eventuell nicht überleben.

Über den Autor:

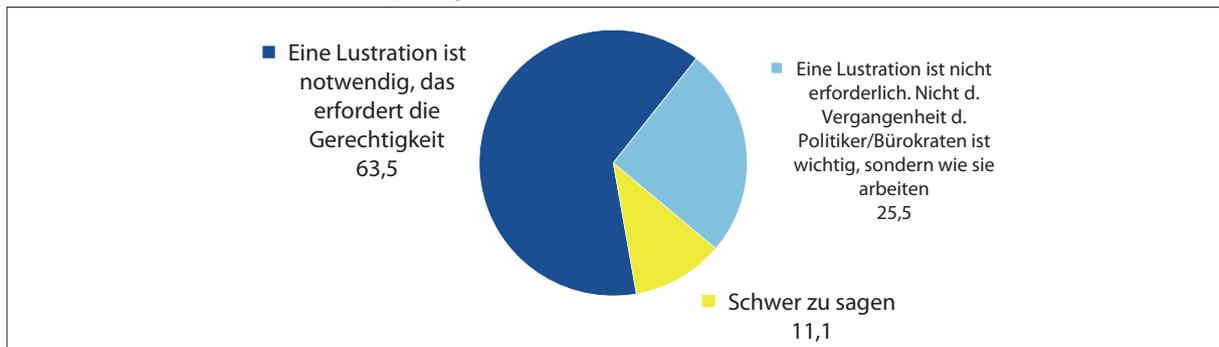
Andreas Stein ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew und Herausgeber der Website <<http://www.ukraine-nachrichten.de>>.

Lesetipps:

- Matthias Morgner, Klaus Hüner: "Lustration: Fluch oder Segen?", Newsletter 71/2014, September 2014, <http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2014/Newsletter_71_Deutsche%20Beratergruppe.pdf>
- Tadeusz A. Olszański: The Ukrainian Lustration Act, OSW Analyses, 1.10.2014, <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-10-01/ukrainian-lustration-act>>
- Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation: Start of Lustration in Ukraine: Pushing the Cart before the Horse?, Focus on Ukraine, October 13–19, 2014, <http://www.dif.org.ua/modules/pages/files/1413758731_3249.pdf>

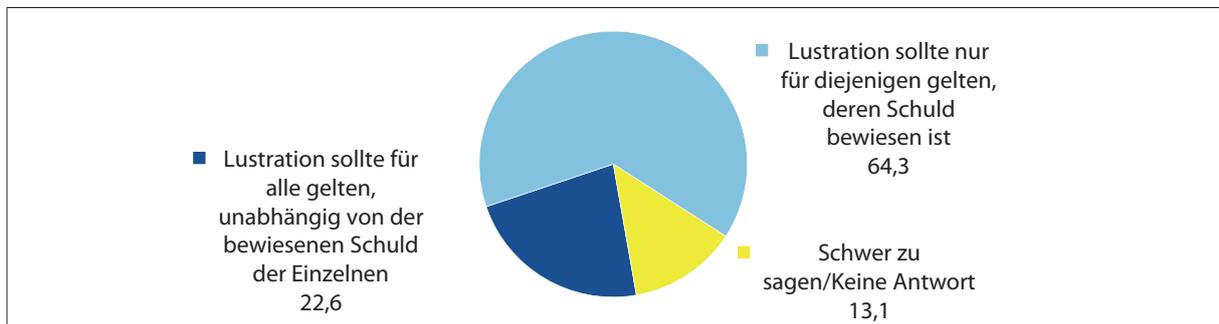
Haltung der Ukrainer zur Lustration

Grafik 1: In letzter Zeit wird in der Ukraine die Notwendigkeit einer Lustration diskutiert. Welcher der Behauptungen stimmen Sie am ehesten zu? (in %)



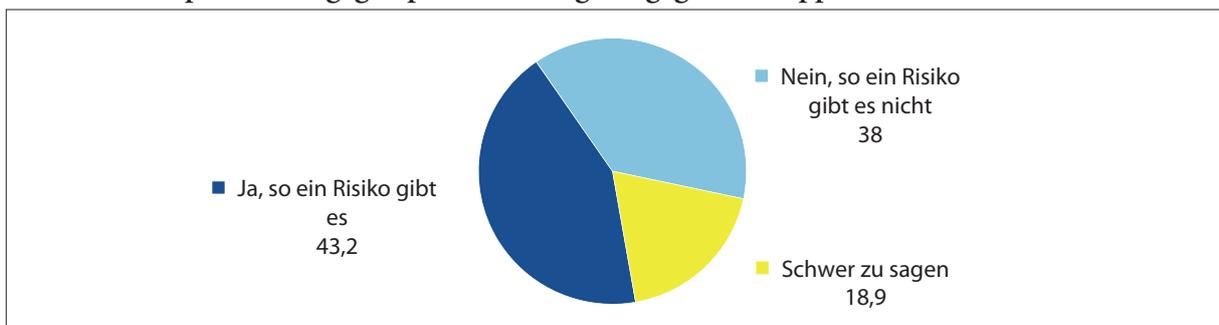
Anmerkung: Insgesamt wurden 2021 Menschen im Alter von über 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt. In den Regionen Donezk und Luhansk wurde die Befragung in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten durchgeführt. Quelle: Repräsentative Umfrage des Zentrums »Soziales Monitoring« vom 30. September bis 7. Oktober 2014, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/P_R.doc>

Grafik 2: Wie soll die Lustration aussehen? (in %)



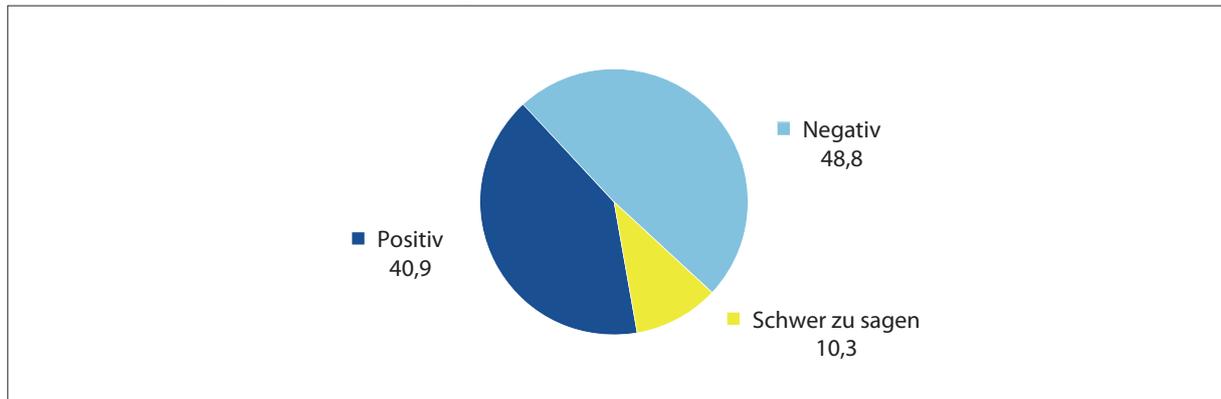
Anmerkung: Insgesamt wurden 2021 Menschen im Alter von über 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt. In den Regionen Donezk und Luhansk wurde die Befragung in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten durchgeführt. Quelle: Repräsentative Umfrage des Zentrums »Soziales Monitoring« vom 30. September bis 7. Oktober 2014, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/P_R.doc>

Grafik 3: Besteht Ihrer Meinung nach ein Risiko, dass die Behörden das Lustrationsgesetz für Repressionen gegen politische Gegner, gegen die Opposition verwenden? (in %)



Anmerkung: Insgesamt wurden 2021 Menschen im Alter von über 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt. In den Regionen Donezk und Luhansk wurde die Befragung in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten durchgeführt. Quelle: Repräsentative Umfrage des Zentrums »Soziales Monitoring« vom 30. September bis 7. Oktober 2014, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/P_R.doc>

Grafik 4: In letzter Zeit hat sich die sogenannte »Müll-Lustration« in der Ukraine verbreitet, bei der Menschen verdächtige Politiker schlagen und in Mülltonnen werfen. Was ist Ihre persönliche Haltung dazu? (in %)



Anmerkung: Insgesamt wurden 2000 Menschen im Alter über 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim und der Regionen Donezk und Luhansk) befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 12. bis 21. Oktober 2014, <http://institute.gorshenin.ua/researches/132_elektoralni_nastroi_vibortsiv.html>

Stellungnahme der Venedig-Kommission des Europarates zum Entwurf einer Verfassungsänderung

Opinion on the Draft law amending the Constitution of Ukraine, submitted by the President of Ukraine on 2 July 2014, endorsed by the Venice Commission at its Plenary Session (Rome, 10–11 October 2014)

I. Introduction

1. In the spring 2014, the Venice Commission was asked by the Verkhovna Rada of Ukraine to assist in the preparation of amendments to the constitution of Ukraine (the constitution currently in force appears in document CDL-REF(2014)012). Mr S. Bartole, Ms R. Kiener, Messrs P. Paczolay, G. Papuashvili, J-C. Scholsem, Ms H. Suchocka, Messrs E. Tanchev and K. Tuori were appointed to act as rapporteurs. Mr A. Delcamp (expert, Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe) and Mr G. Marcou (expert, Directorate General of Democracy of the Council of Europe) also participated in the assessment, focussing on decentralisation.

2. On 25 May 2014, presidential elections were held in Ukraine, which resulted in Mr Petro Poroshenko becoming President of Ukraine.

3. At its 99th Plenary Session (13–14 June 2014), following the announcement by the Ukrainian authorities that they would seek the Commission's assessment of the draft amendments to the constitution before the summer recess, the Venice Commission gave mandate to the rapporteurs to transmit the preliminary opinion based on their assessment to the Ukrainian authorities prior to its submission at the Plenary Session of October 2014.

4. President Poroshenko prepared a set of constitutional amendments, which he submitted to the Verkhovna Rada on 2 July 2014 (CDL-REF(2014)027). No public discussion of these amendments took place. By a letter of the same date, transmitted to the Secretary General of the Council of Europe on 7 July 2014, President Poroshenko requested the Venice Commission to prepare an opinion on these draft amendments "in the shortest time possible, in view of the need to consider this document during the current session of the Verkhovna Rada of Ukraine".

5. The present preliminary opinion was sent to the Ukrainian authorities on 24 July 2014. It was subsequently endorsed by the Venice Commission at its 100th Plenary Session (Rome, 10–11 October 2014).

(...)

IV. Conclusions

69. The draft constitutional amendments under consideration follow in some respects previous recommendations of the Venice Commission; the envisaged abolition of the imperative mandate and of the general supervisory powers of the Public Prosecutor's Office are long awaited and are to be welcomed. The abrogation of the supervisory powers of the Public Prosecutor's Office is a particularly important step forward, finally complying with a commitment undertaken by Ukraine when joining the CoE.

70. The envisaged shift towards decentralisation is also to be commended. The territorial structure of Ukraine will be based no more on "the combination of centralisation and decentralisation" as is now the case, but only on "decentralisation in the exercise of state power". Regional and district councils will elect independently their own executive bodies, chaired by their president and accountable to them. State administrations at the regional and district level will be removed. Thanks to the new definition of "community", the territory of Ukraine should be totally divided into communities. The principle of subsidiarity is duly introduced. These are positive elements, which should be welcomed. This reform might enable the establishment of a modern municipal government in accordance with the principles and the spirit of the European Charter of Local Self-Government. Certain amendments and improvements are nevertheless necessary.

71. The draft constitutional amendments bring about a shift of power from the parliament towards the President. The latter is notably granted the competence to appoint and dismiss certain key high state officials without the involvement of any other State organs. Regrettably, the constitution does not lay down the grounds for dismissal, nor does it defer to the law on this point (this is true also as regards Constitutional Court judges). The President will appoint representatives in regions and raions with the task of supervising local government and co-ordinating the state administration. The President's powers are therefore, overall, considerably strengthened.

72. The draft amendments under consideration do not address the judiciary. The Ukrainian authorities have explained that the President was barred from submitting amendments to the provisions on the judiciary because a set of proposed amendments to these provisions was already pending before the Verkhovna Rada. The first set of amendments has now been rejected, so that it is again possible to address this area. The Venice Commission has repeatedly urged the Ukrainian authorities to amend the constitutional provisions on the judiciary. The Commission had also supported the draft amendments which have just been rejected by the Verkhovna Rada, and regrets that this long-awaited and extremely urgent reform has not yet taken place. The Commission urges once again the Ukrainian authorities to proceed swiftly to the reform of the judiciary in conformity with the applicable standards of independence.

73. To the knowledge of the Venice Commission, the Ukrainian civil society has neither been informed nor consulted on the amendments under consideration. If the exceptional circumstances prevailing in Ukraine today may have justified an exceptionally speedy preparation of the amendments, the Venice Commission wishes to reiterate that it is essential in order for a constitutional reform to succeed that it should be prepared in an inclusive manner, notably through broad public consultations. The draft amendments under consideration will therefore have to be submitted to public discussion in the course of the subsequent procedure and before their final adoption.

74. The need for constitutional reform in Ukraine is obvious and urgent. A constitution, however, is not only a temporary political act: it is the legal foundation of the state. Amendments to the constitution should be sustainable and the constitution should be stable also in the longer perspective.

75. The Venice Commission has been informed that the President of Ukraine intends to revise the draft constitutional amendments, on the basis not only on the principles and standards of the Council of Europe in the field of constitutional development, but also on broad political and public consensus. The Venice Commission welcomes this intention; it hopes that this preliminary opinion will assist the President of Ukraine and stands ready to continue to co-operate in this endeavour.

Quelle: <[http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2014\)037-e](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2014)037-e)>

Spiegel: BND macht Separatisten für MH17-Absturz verantwortlich¹

Wer steckt hinter dem Abschuss von MH17 mit 298 Toten in der Ostukraine? Der Bundesnachrichtendienst legt sich laut SPIEGEL fest: Verantwortlich sind prorussische Rebellen. Diese feuerten demnach mit einer Luftabwehrrakete auf den Jet.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) kommt in einer detaillierten Analyse zu dem Schluss, dass prorussische Rebellen für den Absturz der malaysischen Passagiermaschine, Flug MH17, in der Ostukraine verantwortlich seien.

In einem Vortrag vor den Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums präsentierte BND-Präsident Gerhard Schindler am 8. Oktober umfangreiche Belege, darunter eine Auswertung von Satellitenaufnahmen und verschiedenen Fotos. Demnach erbeuteten prorussische Separatisten ein russisches Buk-Luftabwehrraketensystem von einem ukrainischen Stützpunkt und feuerten damit am 17. Juli eine Rakete ab, die direkt neben der malaysischen Maschine mit 298 Menschen an Bord explodierte.

Bereits unmittelbar nach dem Unglück hatten Indizien auf einen Abschuss durch prorussische Milizen hingedeutet. Seitdem beschuldigen die russische und die ukrainische Regierung sich gegenseitig, für den Absturz verantwortlich zu sein. Eine niederländische Untersuchungskommission vermied nach Auswertung des Flugschreibers Schuldzuweisungen.

Der BND kam zu eindeutigen Ergebnissen: Ukrainische Aufnahmen seien gefälscht, sagte Schindler, das lasse sich anhand von Details erkennen. Auch russische Darstellungen, wonach die Rakete von ukrainischen Soldaten abgefeuert wurde und ein ukrainischer Jagdbomber in der Nähe der Passagiermaschine geflogen sei, seien falsch.

Schindler: »Es waren prorussische Separatisten.« Vier Deutsche starben in der Maschine. Wie ein Sprecher bestätigte, hat die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe Ermittlungen gegen unbekannt eingeleitet, da es sich bei dem Absturz um ein Kriegsverbrechen handeln könnte.

Quelle: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/mh17-laut-bnd-waren-separatisten-fuer-absturz-verantwortlich-a-997885.html>>

1 Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Human Rights Watch: Regierung verantwortlich für Streubomben-Angriffe auf Donezk

[Der Bericht von Human Rights Watch hat zahlreiche Reaktionen hervorgerufen. Unterschiedliche Positionen dazu wurden in einem Artikel der Deutschen Welle hier: <<http://www.dw.de/streit-um-streubomben-bericht-von-hrw/a-18012403>> zusammengefasst – Anm. d. Redaktion der Ukraine-Analysen]

Ukraine: Widespread Use of Cluster Munitions
Government Responsible for Cluster Attacks on Donetsk
October 20, 2014

(Berlin) – Ukrainian government forces used cluster munitions in populated areas in Donetsk city in early October 2014, Human Rights Watch said today. The use of cluster munitions in populated areas violates the laws of war due to the indiscriminate nature of the weapon and may amount to war crimes.

During a week-long investigation in eastern Ukraine, Human Rights Watch documented widespread use of cluster munitions in fighting between government forces and pro-Russian rebels in more than a dozen urban and rural locations. While it was not possible to conclusively determine responsibility for many of the attacks, the evidence points to Ukrainian government forces' responsibility for several cluster munition attacks on Donetsk. An employee of the International Committee of the Red Cross (ICRC) was killed on October 2 in an attack on Donetsk that included use of cluster munition rockets.

It is shocking to see a weapon that most countries have banned used so extensively in eastern Ukraine," said Mark Hiznay, senior arms researcher at Human Rights Watch. "Ukrainian authorities should make an immediate commitment not to use cluster munitions and join the treaty to ban them."

Cluster munitions contain dozens or hundreds of smaller munitions, called submunitions, in a container such as a rocket or a bomb. After launch, the container opens up dispersing the submunitions which are designed to explode when they hit the ground. The submunitions are spread indiscriminately over a wide area, often the size of a football field, putting anyone in the area at the time of attack, whether combatants or civilians, at risk of death or injury. In addition, many of the submunitions do not explode on contact, but remain armed, becoming de facto landmines. Any location contaminated with dud submunitions remains hazardous until cleared by deminers.

To date, 114 countries have joined the treaty that comprehensively bans cluster munitions because of the danger they pose to civilians. Ukraine has not joined the treaty.

(...)

Quelle: <<http://www.hrw.org/news/2014/10/20/ukraine-widespread-use-cluster-munitions>>

Amnesty International: illegale Hinrichtungen in der Ostukraine

20. Oktober 2014 – Unser neuer Bericht »Summary killings during the conflict in eastern Ukraine« dokumentiert illegale Hinrichtungen in der Ostukraine sowohl durch pro-russische Separatisten als auch durch regierungstreue Kräfte und wirft beiden Seiten falsche Angaben und Übertreibungen vor.

»Es gibt keine Zweifel an illegalen Hinrichtungen und Gräueltaten, die von pro-russischen Separatisten und ukrainischen Milizen in der Ostukraine begangen worden sind. Es ist jedoch schwierig, das Ausmaß festzustellen«, sagt Jovanka Worner Ukraine-Expertin von Amnesty International.

Am 23. September 2014 hatten russische Medien über die Entdeckung von Massengräbern in Komunar und Nyzhna Krynka (Donetzker Gebiet) berichtet. Dieses Gebiet war kurz zuvor noch von ukrainischen Milizen kontrolliert worden. Der russische Außenminister Sergei Lavrov berichtete später von 400 Leichen in diesen Massengräbern.

Eine Delegation von Amnesty International war am 26. September 2014 vor Ort und fand unter anderem Beweise, dass vier Männer von ukrainischen Milizen außergerichtlich hingerichtet wurden. Die Leichen wurden in zwei Gräbern in der Nähe des Dorfes Komunar gefunden. »Viele der schockierenden Fälle, die insbesondere von russischen

Medien veröffentlicht wurden, sind enorm übertrieben«, sagt Worner. »Es gibt keine überzeugenden Beweise für Massentötungen oder Gräber. Wir haben in einzelnen Fällen Hinrichtungen gesehen, die Kriegsverbrechen sein könnten.« Amnesty fordert, dass beide Seiten Untersuchungen einleiten und die Verbrechen aufklären.

Quelle: <<http://www.amnesty.de/2014/10/20/neuer-bericht-illegale-hinrichtungen-der-ostukraine?destination=startseite>>

OSZE: Keine Beweise für illegale Organtransplantationen in der Ukraine

OSCE Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings has no evidence of illegal organ transplantation in Ukraine

Following a report by Stimme Russland Radio (“The OSCE stumbles upon illegal transplantation in Ukraine”) on 1 October 2014, alleging that “*The OSCE Special Representative to Combat Trafficking in Human Beings, Madina Jarbussynova, confirmed this information on Ukrainian television and explained that the situation required a thorough investigation by international experts.*” and a documentary broadcast by NTV channel on 5 October 2014, stating that “*the OSCE Special Representative to Combat Trafficking in Human Beings, Madina Jarbussynova, speculated that the organs had been removed for sale.*”, the OSCE Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings wishes to make the following statement:

During the September session of the OSCE Human Dimension Implementation Meeting (HDIM), two Russian NGOs cited reports about the possible removal and sale of human organs in Eastern Ukraine. In response to this, the Ukrainian government representative stated that these allegations would be investigated as soon as it becomes possible to gain greater access to the region.

Ambassador Jarbussynova cited this in her interview with Ukraine 112 television on Monday 29 September 2014. Her remarks were subsequently taken out of context in the Russian media.

The OSCE does not possess any evidence regarding possible organ harvesting in Eastern Ukraine. The OSCE Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings therefore does not confirm that any illegal organ transplantation has taken place in Ukraine, nor would she speculate on such accusations. Furthermore, the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine has to date seen no evidence of organ trafficking in the Donetsk and Luhansk regions.

Quelle: <http://www.osce.org/secretariat/126186?utm_source=feedblitz&utm_medium=FeedBlitzRss&utm_campaign=oscelatnews>

13. – 26. Oktober 2014

13.10.2014	In Luhansk beginnen Separatisten damit, zu den von ihnen angesetzten Wahlen aufzurufen. Die Wahlen sollen am 2. November 2014 stattfinden – am 9. November soll ein weiteres »Referendum« über den Status der »Volksrepublik Luhansk« abgehalten werden.
13.10.2014	Die Kämpfe um den Flughafen in Donezk dauern an. Er wird weiterhin von ukrainischen Streitkräften gehalten. Ein Soldat der ukrainischen Armee kommt bei Gefechten ums Leben.
13.10.2014	Die in Russland inhaftierte ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko wird aus ihrer Haftanstalt ins Moskauer Serbskij-Institut zur psychiatrischen Untersuchung überführt. Sawtschenko hatte gegen diese Untersuchung Beschwerde eingelegt. An diesem Montag sollte über diese Beschwerde vor Gericht verhandelt werden.
13.10.2014	Der zurückgetretene Verteidigungsminister Walerij Heletej erklärt, russische Truppen würden sich vom Gebiet der Ukraine zurückziehen. Nach den Auskünften Heletejs hatten sich russische reguläre Einheiten seit dem 1. August 2014 in der Ukraine befunden und seit dem 20. August 2014 an der Seite der Separatisten aktiv gegen ukrainische Einheiten gekämpft.
13.10.2014	In Kiew und in Charkiw protestieren jeweils einige Hundert Angehörige der im Frühjahr gebildeten Nationalgarde. Sie fordern einen Abzug aus dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« und erklären, dass sie bereits ein halbes Jahr länger als ursprünglich vorgesehen in Gefechten eingesetzt werden. In Kiew dringen Protestierende in das Gebäude der Präsidentsverwaltung ein. Sie verlassen es in der Nacht. Präsident Petro Poroschenko schlägt unterdessen den Vorsitzenden der Nationalgarde, Stepan Poltorak, für den Posten des Verteidigungsministers vor.
13.10.2014	Der russische Energiekonzern Gazprom reduziert seine Forderung nach nachträglichen Zahlungen an die Ukraine von 2 Milliarden auf 1,45 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig reduziert die Ukraine ihre Abnahmemenge für die Wintermonate von fünf auf vier Milliarden Kubikmeter.
14.10.2014	Sieben Soldaten der ukrainischen Armee kommen auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« ums Leben.
14.10.2014	Präsident Petro Poroschenko ruft per Erlass einen Rat zur Korruptionsbekämpfung ins Leben. Das Organ soll dem Präsidenten bei der Realisierung seiner Antikorruptionsstrategie beratend zur Seite stehen.
14.10.2014	Beim Beschuss einer Vorstadt vor Mariupol durch Granaten kommen fünf Zivilisten ums Leben, zehn weitere werden verletzt.
14.10.2014	Vor dem Parlamentsgebäude kommt es zu Ausschreitungen zwischen unbekannt maskierten Personen und Protestierenden der Nationalgarde. 15 Angehörige der Nationalgarde werden verletzt, 50 Personen werden festgenommen.
14.10.2014	Präsident Petro Poroschenko legt den Tag der Beschützer der Ukraine vom 23. Februar auf den 14. Oktober. Dieser Tag steht für die ukrainische Kosakentradition. Außerdem begehen Anhänger der historischen UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) diesen Tag als Feier ihres Gründungsdatums.
14.10.2014	Mehrere Tausend Personen, darunter viele Unterstützer der rechtsradikalen Partei Freiheit, demonstrieren in Kiew für die historische UPA. Parteiführer Oleh Tjahnybok erklärt, die Armee habe immer für die ukrainische Unabhängigkeit gekämpft.
14.10.2014	Das Parlament stimmt für den Anführer der Nationalgarde, Stepan Poltorak, als neuen Verteidigungsminister und entlässt Walerij Heletej offiziell aus seinem Amt.
14.10.2014	Das Parlament verabschiedet die Gesetze zur Korruptionsbekämpfung. Sie sehen unter anderem Änderungen bei der Parteifinanzierung zwecks Erhöhung der Transparenz und die Einrichtung von Antikorruptionskommissionen in Unternehmen vor.
15.10.2014	Nach Information der OSZE greifen Separatisten einen Straßenposten der ukrainischen Armee bei Smile im Gebiet Luhansk an. Das Gefecht fordert mehrere Todesopfer.

15.10.2014	Die NATO widerspricht den Meldungen der vergangenen Tage, nach denen die russischen Truppen im Grenzgebiet zur Ukraine abgezogen würden.
15.10.2014	Das Außenministerium erklärt, dass seit dem Inkrafttreten des Minsker Memorandums zum Waffenstillstand im Donbass am 5. September 2014 insgesamt 51 Zivilisten und 68 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bei Gefechten ums Leben gekommen seien.
16.10.2014	Der ehemalige Präsident der UdSSR, Michail Gorbatschow, ruft die Ukraine auf, den Bau einer Grenzanlage zwischen Russland und der Ukraine zu überdenken, und legt den Präsidenten beider Länder nahe, mit einem Dialog ein Beispiel zur Versöhnung zu geben.
16.10.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass im Einklang mit dem neuen Lustrationsgesetz 39 hohe Beamte aus dem Ministerkabinett ihre Ämter niederlegen werden. 19 davon hätten ihren Rücktritt selbst eingereicht. Das Lustrationsgesetz sieht eine umfassende Überprüfung hoher Beamter auf Korruptionsdelikte vor.
16.10.2014	Drei Soldaten kommen auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« ums Leben.
16.10.2014	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das Gesetz zum »Sonderstatus« von Teilen der Gebiete Luhansk und Donezk. Das Gesetz sieht eine Umstrukturierung der lokalen Verwaltung zur Stärkung der regionalen Autonomie und die Finanzierung von Sozialausgaben und Infrastrukturmaßnahmen vor. Es gilt für drei Jahre.
17.10.2014	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk« erklärt, dass das von Präsident Petro Poroschenko unterzeichnete Gesetz zum Sonderstatus einiger Regionen im Donbass keine Gültigkeit besitze. Die »Volksrepublik Donezk« sei ein unabhängiger Staat, auf dem die Gesetze der Ukraine nicht gälten.
17.10.2014	In Mailand treffen die Präsidenten der Ukraine und Russlands, Petro Poroschenko und Waldimir Putin, zu Gesprächen zusammen. Während sie in Bezug auf den zwischen beiden Ländern schwebenden Gaskonflikt keine Einigung erzielen können, erklärt Poroschenko, dass man sich auf die vollständige Umsetzung der im Minsker Memorandum vom 5. September 2014 und auf die Durchführung von Regionalwahlen im Rahmen des neuen Gesetzes zum Sonderstatus einiger Regionen im Donbass geeinigt habe.
17.10.2014	Drei Soldaten der ukrainischen Armee kommen bei Gefechten ums Leben.
17.10.2014	In Ilowajsk im Gebiet Donezk werden die Leichen von 150 weiteren ukrainischen Soldaten gefunden. Die Streitkräfte waren dort Ende August 2014 in einen Hinterhalt geraten, wobei Hunderte ums Leben gekommen waren. Auch russische Soldaten sollen dort gefallen sein.
18.10.2014	In der Umgebung von Donezk dauern die Kämpfe zwischen Separatisten und ukrainischen Streitkräften an. Zwei Soldaten werden getötet.
18.10.2014	Innenminister Arsen Awakow erklärt, dass seit dem Beginn der Wahlkampagne 114 Fälle von Stimmenkauf registriert und die Verantwortlichen angeklagt worden seien.
18.10.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt, er habe sich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf eine zügige Wiederaufnahme unterbrochener Grenzkontrollen zwischen beiden Staaten geeinigt.
18.10.2014	Vier Zivilisten kommen in Donezk bei Gefechten zwischen Separatisten und ukrainischen Einheiten ums Leben.
19.10.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt, die Ukraine habe sich bei den Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf einen Kompromisspreis in Höhe von 385 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas geeinigt, der bis Ende März 2015 gelten soll.
19.10.2014	Ein Sprecher der OSZE-Mission im Osten der Ukraine lehnt das Angebot, deutsche Aufklärungsdrohnen zur Beobachtung der Situation einzusetzen, ab. Die Drohnen würden von bewaffneten Soldaten der Bundeswehr begleitet. Der Sprecher erklärt, dies sei nicht mit dem zivilen Mandat der Mission vereinbar.
19.10.2014	Bei Schtschastje im Gebiet Luhansk kommt der Fotojournalist Wiktor Hurnjak ums Leben, der sich freiwillig zum Bataillon »Ajdar« gemeldet hatte.

19.10.2014	Das Magazin »Der Spiegel« zitiert aus Informationen des Bundesnachrichtendienstes, nach denen Separatisten für den Abschuss der Passagiermaschine der Malaysian Airlines am 17. Juli 2014 über dem Donbass verantwortlich seien.
19.10.2014	Das russische Aktivisten Netzwerk »Grus 200 is Ukrainy« veröffentlicht auf seiner Facebook-Seite Zahlen zu in der Ukraine gefallenen russischen Soldaten. Laut den Aktivisten sind in den vergangenen Monaten bis zu 4300 russische Soldaten umgekommen.
20.10.2014	Bei der Stadt Schtschastje im Gebiet Donezk kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen ukrainischen und, nach Auskunft des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, russischen Streitkräften. Mehrere ukrainische Soldaten kommen ums Leben.
20.10.2014	Eine Untersuchungskommission des Parlaments kommt zu dem Schluss, dass der ehemalige Verteidigungsminister Walerij Heletej und der Generalstabschef Wiktor Muschenko für die Katastrophe von Ilowajsk verantwortlich seien. Dort waren Ende August 2014 ukrainische Soldaten eingekesselt worden. Hunderte waren umgekommen.
20.10.2014	Auf Wolodymyr Borysenko, Kandidat der von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk neu gegründeten Partei Volksfront, wird am Kiewer Flughafen Borispil ein Sprengstoffattentat verübt. Er wird schwer verletzt.
20.10.2014	Die Vorsitzende der ukrainischen Organisation von Amnesty International, Tatjana Masur, erklärt, dass beide Seiten des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine Kriegsverbrechen verübt hätten. Nachrichten über Massengräber, wie sie russische Medien verbreiteten, seien aber aller Wahrscheinlichkeit nach übertrieben worden.
20.10.2014	Ein Gesetzesprojekt, das es den im Osten der Ukraine eingesetzten Soldaten erlaubt hätte, an der Parlamentswahl am 26. Oktober 2014 an ihrem Einsatzort teilzunehmen, scheitert am Widerstand einiger Abgeordneter der Partei Vaterland. Sie begründen ihre Ablehnung damit, dass das Gesetz Fälschungen erleichtern würde.
21.10.2014	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beschuldigt die ukrainische Armee, Anfang Oktober 2014 in besiedeltem Gebiet Streumunition eingesetzt zu haben. Diese ist seit 2008 völkerrechtlich verboten. Wladislaw Selesnjow vom Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« erklärt, dass die ukrainische Armee zu keinem Zeitpunkt Streubomben eingesetzt habe. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, Human Rights Watch sei einer Diskreditierungskampagne der Separatisten aufgefressen.
21.10.2014	Das Verteidigungsministerium und die staatliche Rüstungsfirma Ukroborona klagen gegen Journalisten des Magazins »Serkalo Nedeli« (Wochenspiegel). Diese hatten in einem Artikel Informationen veröffentlicht, nach denen der Konzern während der »Anti-Terror-Operation« Waffen an die Armee und die Freiwilligenbataillone zu normalen Preisen verkauft hat. Präsident Petro Poroschenko erklärt später, dass er entgegen ersten Gerüchten keine solche Klage eingeleitet habe.
22.10.2014	Sprecher der OSZE erklären, dass sie die Berichte der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch über im Kriegsgebiet eingesetzte Streumunition nicht bestätigen können. Die Organisation hatte der ukrainischen Armee in einem Bericht den Einsatz dieser völkerrechtlich verbotenen Waffen vorgeworfen. Die Armee hatte die Vorwürfe zurückgewiesen.
22.10.2014	In Donezk kommt ein Zivilist infolge von Schussverletzungen ums Leben.
22.10.2014	Das Verbotsverfahren gegen die Kommunistische Partei der Ukraine verzögert sich. Die Vertreter der Partei waren nicht vor Gericht erschienen und hatten dies mit dem laufenden Wahlkampf begründet. Die Verhandlung wird auf unbestimmte Zeit verschoben.
23.10.2014	Der Menschenrechtsaktivist Jurij Bojko, der im Wahlkreis Nr. 93 zur Parlamentswahl antritt, wird bei Kiew Opfer eines Attentats. Zwei Unbekannte verprügeln ihn und drohen, ihn zu töten, sollte er seine Kandidatur nicht niederlegen.

23.10.2014	Sprecher der OSZE erklären, dass uniformierte Soldaten die russische-ukrainische Grenze an mehreren Punkten in beide Richtungen frei überschreiten. Nach Informationen der »Financial Times« erklären einige russische Soldaten, die sich in Luhansk aufhalten, sie hätten den Befehl erhalten, als »Freiwillige« in die Ukraine zu reisen und dort auf Seiten der Separatisten gegen die ukrainische Armee zu kämpfen.
23.10.2014	Ein Soldat der ukrainischen Armee kommt bei Gefechten ums Leben.
23.10.2014	Sprecher des Justizministeriums erklären, dass im Osten eingesetzte Soldaten der ukrainischen Armee entgegen früheren Informationen an der für den 26. Oktober 2014 angesetzten Parlamentswahl teilnehmen können – im Rahmen der Regelungen für temporär umgesiedelte Bürger.
23.10.2014	In Charkiw wird eine Gruppe mutmaßlicher Separatisten festgenommen. Dabei wird einer der Männer von Angehörigen des ukrainischen Geheimdienstes SBU erschossen.
24.10.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen Rajisa Bohatyrjowa, die von 2012 bis 2014 Gesundheitsministerin war. Sie wird der Veruntreuung öffentlicher Mittel im großen Stil verdächtigt.
24.10.2014	Die Wahlbeobachtungsorganisation »Opora« erklärt, 4,6 Millionen UkrainerInnen könnten aufgrund der Besetzung ukrainischen Territoriums nicht an den anstehenden Parlamentswahlen teilnehmen. Dies betreffe die 1,8 Millionen Einwohner der Krim sowie 49 % der Bevölkerung des Gebietes Donezk und 69 % des Gebietes Luhansk.
25.10.2014	Nach Angaben von Aktivisten drohen Vertreter der »Volksrepublik Luhansk« den Einwohnern auf Flugblättern mit militärischen Gerichtsverfahren, wenn diese sich an den für den 26. Oktober 2014 angesetzten Parlamentswahlen beteiligen.
26.10.2014	In der Ukraine werden vorgezogene Parlamentswahlen in insgesamt 198 Wahlkreisen abgehalten. Das Zentrale Wahlkomitee erklärt am Abend, die Wahlbeteiligung liege bei 53 %. Exit-Polls ergeben folgende Stimmenverteilung: Block Petro Poroschenko – 23 %, Volksfront – 21 %, Selbsthilfe – 13 %, Oppositionsblock – 8 %, Radikale Partei Oleh Ljaschkos – 6 %, Freiheit – 6 %, Vaterland – 6 %, Bürgerliche Position – 4 %, Kommunistische Partei – 4 %, Starke Ukraine – 3 %, Rechter Sektor – 3 %, Spaten – 3 %.
26.10.2014	Das Zentrale Wahlkomitee erklärt die Wahlen für frei und fair und unterstreicht die Zufriedenheit nationaler und internationaler Beobachter mit dem Ablauf.
26.10.2014	Bei Kirowohrad attackieren sechs junge Männer ein Auto mit drei Kandidaten des Wahlkreises 102, unter den Angegriffenen ist der Journalist Mustafa Najem.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>